

Die Arbeit erfolgt morgens und nachmittags, Sonntags und Montags ausserhalb. Der Abonnent bezahlt bei jeder Lieferung ins Haus für Ostpreußen 10,- M., im Voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Porto bezogen sämtliche Wohnortwechselungen entgegen. Unter Druckbezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., wofür Portozuschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 2-8.

Die abgesetzten Monatspreise über deren Raum kostet 4,- M. einschließlich Expeditionsbeitrag. Klein-Karlsruhe. Das Fortgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Expeditionsbeitrag. Kaufende Angelegenheit laut Tarif. Familien-Karlsruhe und Eisen-Verlag 2,20 M. netto pro Seite. Eisen-Verlag in Wien-Karlsruhe: das Fortgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fortgedruckt: Zentrum 2030, 2045, 4510, 4602, 4635, 4640, 4922

Sozialistische

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Rückzug der Rahr-Regierung

Unter dem Druck der Arbeiter Nordbayerns

Drahtmeldung unseres Korrespondenten München, 10. Februar.

Bis zur Stunde liegt noch keine Erklärung der Regierung vor. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“, die bisher auf das schärfste gegen die Regierung zum Festhalten an ihrem bisherigen unbedingten Standpunkte in der Entlassungsfrage ermunterten, bringen in ihrer heutigen Abendnummer einen demütigen Artikel, der den Reichssozialisten Abbitte leistet, weil sie während der ganzen Krise übergegangen worden sind und weil man zur Aufrechterhaltung der Einheitsfront in der Abwehr der Pariser Beschlüsse eine so große, auf dem Boden der Verfassung stehende Partei nicht ausschalten dürfe. Der Artikel schließt: „Von dem Verantwortungsgedanken der Sozialdemokratie für die Wahrung der Interessen des ganzen Reiches wird wohl erwartet werden können, daß es parteipolitische Rücksichten lassen läßt, wenn der Fehler der Uebergehung dieser Partei gut gemacht wird.“ Dieser Artikel ist ein Zeichen dafür, daß die Regierung Rahr nachgeben will. Die Erklärung für diese plötzliche Wendung ist zum Teil darin zu suchen, daß der eigentliche Rückhalt der Regierung Rahr abbröckelt. Der zu erwartende bayerische Rückzug dürfte auch Folgen in der Zusammenziehung des Koalitionskabinetts haben. Die Deutschnationalen werden einen Rückzug wohl nicht mitmachen, und um die Gunst der Rechtssozialisten sind die Koalitionsparteien jetzt eifrig bemüht. Die energische Haltung der nordbayerischen Arbeiterschaft ist jedenfalls mit ausschlaggebend für die Entscheidung der Regierung.

Für heute abend ist noch eine amtliche Erklärung zu erwarten.

Inzwischen ist die amtliche Erklärung der bayerischen Regierung eingegangen. Sie lautet:

Die mehrtägigen Beratungen der bayerischen Staatsregierung und der Koalitionsparteien haben mit der Zustimmung aller beteiligten Faktoren zu der an die Reichsregierung zu richtenden Erklärung der bayerischen Staatsregierung heute (Donnerstag) abend ihren Abschluß gefunden. Staatsregierung und Koalitionsparteien haben der Bedeutung und Schwere des Augenblicks in jeder Weise Rechnung getragen. Wenn trotzdem das Ergebnis der mehrtägigen Beratungen, die in erfreulicher Einmütigkeit geführt und auch von der Mehrheit der Presse in dankenswerter Geschlossenheit unterstützt wurden, den bisherigen Standpunkt der bayerischen Staatsregierung festhalten, so beweist dies erneut aller Welt, daß das bayerische Volk und seine Regierung in der Erhaltung des unentbehrlichen Selbstschutzes auch heute noch eine Lebensfrage erblickt.

Die bayerische Staatsregierung hat demzufolge von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß die Reichsregierung, ebenso wie sie die ungeheuerlichen Reparationsforderungen ablehnte, auch dem unmöglichen Entwaffnungsprogramm nicht zustimmen dürfe, die beide ein zusammenhängendes Ganzes bilden. Sie verkennt jedoch nicht, daß der Reichsregierung die letzte Entscheidung und die Verantwortung für ihre allenfallsigen Maßnahmen zufällt.

Die bayerische Staatsregierung und die Koalitionsparteien haben sich in ihren Beratungen und Entschliessungen ausschließlich von vaterländischen Interessen leiten lassen. Es war das Bestreben der bayerischen Staatsregierung, die Position der Reichsregierung gegenüber dem geschlossenen Willen der alliierten Mächte zu stärken. In diesem Geist und in dieser Absicht sind von ihr alle Verhandlungen gepflogen worden. Wenn nicht überall unter Zurückstellung alles Trennenden mit der gleichen Sachlichkeit und Zurückhaltung die strittige Frage behandelt worden ist, so ist das bedauerlich, da es viel zur Verschärfung beigetragen hat.

Wie die Einwohnerwehr aufgelöst werden soll

Aus München wird uns vom Mittwoch geschrieben: Die bürgerliche Presse hat gestern Schweigegebot bekommen. Man erfährt deshalb auch nichts Näheres über die Vorgänge im Ministerrat und in den Sitzungen der Koalitionsparteien. Als am Mittwoch die U. S. P. durch eine Interpellation die Regierung zu klarer Stellungnahme zwingen wollte, wurde die Behandlung der Interpellation von sämtlichen bürgerlichen Parteien verhindert und auch für Donnerstag von der Tagesordnung abgesetzt. Durch diese Regie der Bayerischen Volkspartei werden in Bayern parlamentarische Minderheiten gebildet, um die Ausschüsse der Regierung unter Ausschluß der Öffentlichkeit in aller Ruhe vornehmen zu können. Die Arbeiterschaft wird also durch eine außerparlamentarische Aktion die Regierung zum Sprechen bringen!

Die deutschnationale „München-Tagsburger Abendzeitung“ macht heute den Versuch, das „nationale Gewissen“ aufzupeitschen und hebt in einem Artikel mit der Überschrift: „Germania irredenta“ wie folgt: „Immer verächtlicher und fürchterlicher muß es jedem einzelnen unserer perfiden Feinde in die Ohren klingen, Germania irredenta, ein Punkt in der Nähe, im deutschen Volk, ein Kometenfleck für unsere Feinde, eine Flamme, die sie warnen soll in ihrem Siegesrausch, das ihnen entgegenhalten muß, daß ein 70-Millionenvolk sich auf die Dauer nicht knechten und demütigen lassen wird.“ In Demonstrationen ziehen die Nationalisten vor das Hotel der Entente, singen den Hahnenlied: „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“, rufen „Hoch die Revanche!“, die Regierung muß sich beim französischen Konsulat dafür entschuldigen, daß nationalsozialistische Lausbuben das Schild des Konsulats beschädigten. Die Nationalisten können in München unternehmen, was sie wollen. Es würde garnicht überraschen, wenn eines Tages eine Horde Studenten der Regierung die Bischofs auf die Brust setzt, um an Stelle eines Kompromisses eine eindeutig deutschnationale Entscheidung zu erzwingen.

Aber selbst wenn es zu einem sogenannten „Kompromiß“ kommen wird, so wird das nur ein Scheinbares und vor allem nur ein vorübergehendes sein. Man will einen Teil der Einwohnerwehren auflösen, und zwar sollen die noch in der Einwohnerwehr befindlichen Demokraten und Rechtssozialisten ihre Waffen abliefern. In Zirndorf bei Nürnberg hat man mit dieser Praxis bereits begonnen und die dortige Einwohnerwehr, die hauptsächlich aus rechtssozialistischen Arbeitern besteht, entwaffnet und aufgelöst. Auf diese Weise wird die Einwohnerwehr gereinigt und zu einer reinen Terrortruppe der Konterrevolution umgebildet. Wir können in Bayern in der nächsten Zeit noch einige Uebertreibungen erleben.

die Note vom 29. Januar d. J. wegen der Vorlieferungen verwiesen.

Auch hinsichtlich der Qualitäten worden an Deutschland in dauernd steigendem Maße höhere Anforderungen gestellt, andererseits haben sich die Alliierten wiederholt über die Beschaffenheit der Ware beschwert, ohne daß bisher ein Weg gefunden werden konnte, zu einem Einvernehmen zu gelangen.

In der Preisfrage ist es bisher noch nicht gelungen, eine Einigkeit über die Höhe des Deutschland für die Lieferungen auf dem Wasserwege zutreffenden Sub-Preises zu erzielen. Ja, es sind nicht einmal diejenigen Lieferungen abgerechnet, die Deutschland auf Grund des Waffenstillstands im Austausch gegen Mineur auf Grund des sogen. luxemburgischen Abkommens an Frankreich gemacht hat. In der Transportfrage bedürfen die mannigfachen Meinungsverschiedenheiten unbedingt baldiger Klärung. Es muß auch bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen werden, daß ein Bezug von Kohle über deutsche Seehäfen wesentlich zur Erleichterung und Erhöhung der Gesamtlieferungen Deutschlands beitragen könnte.

Auch bei den Verhandlungen, die bis in den Dezember hinein über die künftigen Kohlenlieferungen in Paris stattgefunden haben, wurde beiderseits davon ausgegangen, daß über ein endgültiges Lieferprogramm neue Besprechungen erforderlich sein würden. Die deutsche Regierung bittet, sobald die Durchprüfung der am 22. Januar überreichten Denkschrift erfolgt ist, einen Zeitpunkt für den Beginn dieser Besprechungen anzuberaumen.

Krapotkin gestorben, nicht Kuropatkin. Wir hatten in unserer Donnerstag-Morgenausgabe den Tod Kuropatkins gemeldet. Wie jetzt gemeldet wird, liegt ein Hörfehler vor. In Wirklichkeit ist Peter Krapotkin, der seit kurzem schwer erkrankt war, gestorben.

Indianerspiel

Bisher brüllten sich die Kommunisten immer damit, daß es ihre Aufgabe sei, den Massen mit klaren und einheitlichen Parolen voranzugehen. Man dürfe sich nicht von den Verhältnissen treiben lassen, sondern müsse bestrebt sein, sie zu meistern, ihnen den Stempel des eigenen Willens und eigenen Handelns aufzudrücken. Was erleben wir in der Praxis? Die Kommunisten laufen den Ereignissen hinterdrein. Rat- und hilflos waren sie im Sommer 1919, als es galt, sich für die Unterzeichnung des Friedensvertrages einzusetzen und die deutsche Arbeiterklasse vor einem neuen nationalsozialistischen Krieg, vor Hunger, Elend und Verderben und vor dem Hoherkolernium zu retten, das bereits im Hintergrunde auf der Lauer lag. Rat- und hilflos waren sie, als der Kapp-Putsch kam. Statt die Arbeiterschaft aufzurufen zur Tat und zum Handeln, verachteten sie selbst den Gedanken an einen Generalstreik. Sie verübten in einem langen Aufruf, bei dessen Aufertigung die ganze geistige Partei-Elite eine volle Nacht geschwitzt hatte, die Arbeiterschaft sei nicht aktionsfähig, der Augenblick zur Bekämpfung der Militärdiktatur sei noch nicht gekommen, man müsse erst warten, bis die „wiedergekehrten Helden von 1914 den August 1914 wiederbringen“ würden. Und als die Arbeiter sich um diese Bremserei größten Stills nicht kümmerten, vielmehr die militärischen Diktatoren in einen tollen Tanz hineinführten, da hängten sich die Kommunisten der kämpfenden Arbeiterschaft an die Rockschöße und lähmten die Bewegung, statt sie zu fördern.

Jetzt ist es nicht anders. Paul Levi hat in seiner Reichstagsrede über die Pariser Beschlüsse als höchste Forderung das Bündnis mit Sowjet-Rußland verkündet und der deutschen Bourgeoisie den Massenklärtler Enver Pascha als leuchtendes Vorbild vor Augen gehalten. Diese Rede hat die Opposition in der A. P. D. lebendig gemacht, sie forderte Rechenhaft, und am Dienstag hat eine Funktionärerversammlung zur politischen Lage Stellung genommen. Levi verteidigte seine Haltung damit, daß ja auch der deutsche Generalstab einmal die nationalsozialistische Strömung gepflegt und den Teufel nach Rußland getragen habe in Gestalt der bolschewistischen Führer, die im plombierten Eisenbahnwagen nach Rußland transportiert wurden. Er wies weiter darauf hin, daß die Frage, ob Offensiv- oder Defensivtaktik auch im Exekutivkomitee noch nicht geklärt sei. Bucharin trete für die Offensivtaktik ein, Len in weise sie zurück.

Was bedeutet nun Offensivtaktik? Hier ist die Antwort! Das Sowjetsystem soll auf den Spitzen der Bajonette in die einzelnen Länder getragen werden, ohne Rücksicht darauf, ob das Proletariat in den betreffenden Ländern jene Reife erlangt hat, die erforderlich ist, nicht nur um die politische Macht zu erobern, sondern sie auch zu behaupten. Levi steht dem Offensivgedanken zwar kritisch gegenüber, aber er wagt es nicht, ihn mit aller Bestimmtheit zurückzuweisen. Er hat Angst vor seinen Vorgesetzten, vor den ihm überordneten Stellen, und räumt daher den russischen Genossen das Recht ein, sich in deutsche Verhältnisse einzumischen, also den deutschen Arbeitern Vorschriften zu machen, wie und wann sie ihre Revolution im Sinne des Exekutivkomitees durchzuführen haben.

In Levis politischer Haltung klafft nun, soweit seine Reichstagsrede in Betracht kommt, noch ein anderer großer Gegenfah, auf den die Korreferent, Ruth Fischer, hinwies. Sie behauptete, nicht mit Unrecht, daß das Bündnis Deutschlands mit Sowjet-Rußland, welches Levi im Reichstag als den einzig gangbaren Weg bezeichnet hatte, ein militärisches Bündnis zwischen dem kapitalistischen Deutschland und der russischen Räterepublik sei. Das ist durchaus richtig, denn bevor das deutsche Proletariat daran denken könnte, für ein militärisches Bündnis mit Rußland einzutreten, müßte es im Besitz der politischen Macht sein, also die deutsche Bourgeoisie niedergezwungen haben. Bei einem Bündnis unter den heutigen Verhältnissen aber wäre das Proletariat der gemächerte Teil, es läme unweigerlich unter die Räder, denn ein militärisches Offensivbündnis mit Sowjet-Rußland bedeutete Krieg mit der Entente. Diesen Krieg würden die nationalsozialistischen Generale führen, das deutsche Proletariat aber hätte die Leichen für dieses Abenteuer beizusteuern und würde nach Abschluß des verbrecherischen Spiels genau so belogen und betrogen dastehen, wie es im November 1918 der Fall war.

Es muß deshalb einmal mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß die Spielerei mit einem neuen Kriege, wie sie von den Kommunisten seit Jahr und Tag betrieben wird, in der deutschen Geschichte nur ein Seitenstück hat: in dem verbrecherischen Treiben der Alldutschen, die ohne jede Rücksicht auf die wirtschaftliche, geographische und weltpolitische Lage Deutschlands jene maßlose Kriesschebe betrieben, die uns in den Abgrund geschleudert hat. Ja, die Kommunisten sind noch gefährlicher, ihre Politik ist noch wahnsinniger als die der Alldutschen. Denn die schlaflosen Oberlehrer, die Volksherrhüchler, die Urteutonen hatten für ihre Schereken wenigstens noch eine reale Unterlage: die kaiserliche militärische und maritime Stellung Deutschlands. Die Kommunisten aber haben hinter sich nicht einmal eine Kompanie Soldaten, haben auf ihrer Seite nie-

Die deutschen Kohlenlieferungen

Notwendigkeit einer Neuregelung

Am 7. Februar hat die deutsche Kriegslastkommission der Reparationskommission über die Frage der deutschen Kohlenlieferungen die folgende Note übergeben:

Nach den bei den bisherigen Lieferungen gemachten Erfahrungen und der erheblichen Verschärfung des Februarprogramms, ist nicht damit zu rechnen, daß seine Durchführung möglich sein wird. Es wird hierzu auf die der Reparationskommission in der Note vom 3. Januar angelegte und am 29. Januar übergebene Denkschrift der deutschen Regierung über die Bedingungen der Kohlenlieferungen von Spaenest Vor schlägen über die Regelung der Kohlenlieferungen auf Reparationskonto nach dem 1. Februar 1921 verwiesen. In dieser Denkschrift hat die deutsche Regierung eingehend dargelegt, daß die Frage der weiteren deutschen Kohlenlieferungen auf Grund des Friedensvertrages sowohl hinsichtlich der Mengen wie hinsichtlich des Preises und der Transportwege einer grundsätzlichen Neuregelung bedarf. Bei der Bedeutung, welche die Kohlenlieferungen für die Durchführung der Reparation auch weiterhin haben werden, hat die deutsche Regierung den dringenden Wunsch, diese Lieferungen in allen diesen Beziehungen dauernd so zu gestalten, daß Meinungsverschiedenheiten nach Möglichkeit ausgeschlossen und eine geregelte Erledigung etwa vorkommender Streitfragen ermöglicht wird.

Der augenblickliche Zustand ist der, daß von Deutschland ständige Liefermengen verlangt worden sind, welche, wie der Verlauf der Dinge ergeben hat, über das für Deutschland mögliche Maß hinausgingen, weshalb Deutschland auch nicht für die Ausfälle verantwortlich gemacht werden kann. Die Abrechnung über die Gesamtlieferungen ist dadurch überdies völlig ins ungewisse geraten; in dieser Beziehung wird auch auf

mand, der ein Bataillon befehlen, geschweige denn in den Kampf führen könnte, es sei denn, daß ein paar verärgerte, bröllose Offiziere, ebenso wirr und unklar wie die Kommunisten selber, für sie den Degen schwingen möchten.

Die Offensivtaktik der Dritten Internationale, für die die deutschen Kommunisten schwören, wurde nun schon einmal in der Praxis erprobt: Im Sommer 1920, als auf Geheiß der politischen Kommissare und trotz des Widerstandes der militärischen Führer von der Roten Armee die Revolution nach Polen getrieben werden sollte. Damals foketierten die deutschen Kommunisten nicht nur mit dem Offensivgedanken, nein, sie wollten auch die deutsche Arbeiterklasse für diese Abenteuerpolitik gewinnen. Sie verlangten von ihr, sich kämpfend an die Seite Sowjet-Rußlands zu schlagen und der Entente den Krieg anzufügen, ohne Rücksicht darauf, daß das deutsche Proletariat sich in der Defensivstellung befand und daß es, um diesen halbbrüderlichen Schritt wagen zu können, erst einmal die deutsche Bourgeoisie hätte niederringen müssen.

Um dieses Ziel zu erreichen, dazu bedürfte es bei der Nachstellung der deutschen Bourgeoisie, selbst wenn die Aussichten für das Proletariat günstig wären, eines jahrelangen, zähen Kampfes. Aber die Situation war damals die denkbar ungünstigste, das Proletariat wäre nicht mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig geworden, geschweige denn gar, daß es Rußland auch nur einen Mann zur militärischen Unterstützung hätte abgeben können. Und trotzdem betrieben die Kommunisten ihre wahnsinnige Hege wochenlang mit gesteigerter Energie. Und erst als sich der „Sprung in die Weltrevolution“, gestützt auf Bajonette, als ein grausamer Fehlsprung erwies, als Rußland infolge der verderblichen politischen Taktik, die kein militärischer Führer gutheißen konnte, zum Rückzug gezwungen war und den Frieden von Riga unterzeichnen mußte, erst dann lenkten die deutschen Kommunisten ein, erkannten aber immer noch nicht das Wahnsinnige des ganzen Offensivgedankens, sondern schimpften weidlich auf die Arbeiterklasse der Westländer und ihre Führer, die klug genug waren, jene abschüssigen Wege nicht zu beschreiten.

Die Situation hat sich inzwischen noch nicht geändert. Nur dem wirren Kopfe eines kommunistischen Führers kann der Gedanke eines Bündnisses zwischen dem kapitalistischen Deutschland und dem Rußland der Sowjets entspringen. Dieses Bündnis, das nach Levi und seiner Genossen Überzeugung auch einen aggressiven militärischen und außenpolitischen Charakter tragen soll, würde den Krieg mit der Entente zur Folge haben und die deutsche Arbeiterklasse ebenso sicher in die Katastrophe hineintreiben, wie die Politik der Deutschnationalen, die den Krieg gegen die Entente auf eigene Faust, also ohne Sowjet-Rußland führen wollen. Es muß aber auch ohne jede Rücksicht auf das utopische Wollen und Wünschen, das sich in einigen unklaren Köpfen der Arbeiter festgesetzt hat, darauf hingewiesen werden, daß bei den heutigen Machtverhältnissen auch ein sozialistisches Deutschland einen Krieg mit der Entente nicht wagen könnte und daß jeder Versuch, der sich in dieser Linie bewegte, ein Verbrechen wäre. Denn nicht die Begeisterung, nicht der Wille entscheidet heute den Ausgang eines Krieges; die Technik, die Waffen, die gesamte militärische Ausrüstung, auf der Höhe aller neuzeitlichen Anforderungen stehend, geben den Ausschlag. In dieser Hinsicht sind aber auf der Seite der deutschen Gegner alle Vorteile, auf unserer Seite alle Nachteile. Hinzu kommt noch die eigenartige geographische Lage Deutschlands, sein zerrüttetes Wirtschaftsleben, die Tatsache, daß es schon nach einer achtstägigen Sperre der Zufuhr dem Hunger preisgegeben wäre und kapitalisieren müßte!

Das alles müßte heute jeden Menschen, trotz der unheimlichen Verwirrung, die von der Deutschnationalen und der ihr nahe verwandten kommunistischen Presse in die Köpfe getragen wird, geläufig sein. Die klaren politischen Köpfe der Rechtsparteien, die klaren militärischen Führer der Reichswehr und der alten Armee, alle Fachleute sind von diesem Gedanken durchdrungen und lächeln über das kindliche Gefreische, das die verrückt gewordenen Desperados in den glühgeschwängerten nationalistischen Versammlungen anstimmen. Selbst Lenin verliert sich in die Augen nicht vor diesen Tatsachen. In seiner Broschüre „Der Rabifalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ bezeichnet er das „harnackige Besessen auf die Nichtanerkennung des Versailles“ als einen „unzweifelhaften Fehler“, als eine „himelstreichende Absurdität“, und er sagt weiter, daß die Taktik von Grund auf falsch sei, die nicht auch für ein Sowjet-Deutschland die Verpflichtungen einschließe, für eine gewisse Zeit den Versailler Frieden anzuerkennen und sich ihm zu fügen.

Nur die Führer der deutschen kommunistischen Partei, die der Arbeiterschaft mit „Rühnheit“, „Klarheit“ und „reinem Wollen“ vorangehen wollen, bleiben mit Blindheit geschlagen. Das Braunschweiger kommunistische Blatt behauptete lehn von der Zentralführung, sie habe ihren Wahlausruf in einem Zustand der Schlaftrunkenheit verfaßt. Nach allen Auslassungen, die wir in den letzten Wochen aus der kommunistischen Presse und insbesondere aus den Rundgebungen der Zentralführung vernommen haben, schließt die Unterschlebung der Schlaftrunkenheit noch zuviel mildernde Umstände für die Zentralführung in sich ein. Weit eher ist die Annahme berechtigt, daß die kommunistischen Führer, statt sich in das von Rosa Luxemburg entworfene Spartakus-Programm und in die Schriften Lenins zu vertiefen, ihre freie Zeit mit der Lektüre von Tschernobinern bestreiten und daraus jene Parolen formulieren, die sie täglich als unfehlbare Heilslehren in die Massen schleudern.

Betrogene Betrüger

Wir lesen in der kommunistischen „Humanität“:

Im Reichstag wie in der französischen Kammer haben allein die Vertreter des Proletariats gegen die kriegerischen Aufhebungen Stellung genommen. Unsere Pflicht ist es, zugleich mit den Widersprüchen und den monströsen Annahmen unserer Diplomaten, den Wahnsinn der Theoretiker der gewalttätigen Besetzung zu denunzieren. Die Pflicht der deutschen Kommunisten — und sie haben sie erfüllt — ist, zu kämpfen gegen die Prediger der Revanche, die zugleich Werkzeuge der Gegenrevolution sind.

Die deutschen Kommunisten haben das Gegenteil getan. Herr Levi hat das „militärische Bündnis mit Sowjet-Rußland“ und damit zugleich den Krieg gegen die Entente empfohlen. In München haben sich Kommunisten und alldeutsche Revanchehelden verbrüder. Die deutschen Kommunisten haben in jeder Krise bisher, der russischen Auffassung entsprechend, zur Zerstückung des Versailler Vertrages und zu einer „aktiven Politik“, das heißt zu einem Kriegsaufgefordert. Die „kommunistische Pflicht“, wie sie die

„Humanität“ auffaßt, haben nicht die Kommunisten, sondern die Unabhängigen Sozialdemokraten“, die deshalb beschimpft werden von den deutschen Kommunisten, erfüllen müssen. Davon dürfen aber die Leser der „Humanität“ nichts erfahren. Denn wie würde es auch auf die französischen Arbeiter wirken, wenn sie hörten, daß die deutsche Sektion der kommunistischen Internationale nur auf die günstige Gelegenheit wartet, um einen neuen Krieg mit Frankreich führen zu können.

Die offizielle Einladung zur Londoner Konferenz

Von der britischen Botschaft in Berlin ist dem Auswärtigen Amt am 8. Februar folgende Note zugegangen:

Herrn Dr. W. Simons, Minister des Auswärtigen,
Sehr Minister!

Ich habe die Ehre, Euer Excellenz zu benachrichtigen, daß ich von Seiner Majestät Regierung Weisung erhalten habe, den Leiter der Deutschen Regierung und seine sachverständigen Berater einzuladen in London am 1. März mit Vertretern von Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und Belgien an der Konferenz teilzunehmen, die in der Note von Herrn Briand an den Präsidenten der deutschen Delegation in Paris vom 20. Januar angedeutet war.

Ich soll ferner Euer Excellenz ersuchen, die Güte zu haben, so schnell als möglich die Namen der Delegierten und der Berater mitzuteilen.

Ich benutze die Gelegenheit
Darauf ist Donnerstag vormittag durch einen Vertreter des Auswärtigen Amtes der Großbritannischen Botschaft folgende vom 9. dieses Monats datierte Antwortnote an den britischen Botschafter Lord d'Abernon zugestellt worden:

Herr Botschafter!

In Erwiderung Ihrer Note vom 8. dieses Monats Nr. 89 beehre ich mich, den Empfang der Einladung zu der Konferenz in London am 1. März dieses Jahres zu bestätigen. Unter der Voraussetzung, daß die Verhandlungen der Konferenz sich auch auf die noch zu übermittelnden Vorschläge der Deutschen Regierung erstrecken werden, erklärt sich die Deutsche Regierung bereit, hofpolymächtige Delegierte und sachverständige Berater, deren Namen sobald wie möglich angegeben werden sollen, zu der Konferenz zu entsenden.

Ich benutze auch diesen Anlaß
gez. Dr. Simons.

Der Narr auf dem Throne

Das staatsgefährliche Schultheiß-Bier

Im „Berliner Tageblatt“ wird eine interessante Geschichte aus der Regierungszeit Wilhelms erzählt. Am 13. Februar 1908 wurde „auf allerhöchsten Befehl“ eine Sitzung des preussischen Staatsministeriums einberufen, damit endlich greifbare Maßnahmen zur Abwehr der sozialdemokratischen Agitation im Heer getroffen würden. Am Schlusse dieser Sitzung erhob sich der Kaiser, um die Minister mit folgender feuchtfröhlicher Endigung zu überraschen. Das amtliche Protokoll berichtet darüber:

Seine Majestät nahmen sodann nach Betanlassung, einen Vorschlag zur Sprache zu bringen, der die Zunahme sozialdemokratischen Einflusses auch auf größere industrielle Betriebe darmit. Das Generalkommando des Gardekorps habe kürzlich eine Untersuchung anstellen lassen über die Bezugsquellen, aus denen die Kantinen in den Kasernen mit Bier versorgt würden, wobei sich herausgestellt habe, daß die Schultheiß-Brauerei für eine große Anzahl derselben liefere. Diese Brauerei sei aber nach dem Generalkommando gewordenen Mitteilungen ein rein sozialdemokratisches, unter dem Einfluß des bekann- ten sozialdemokratischen Literaten Dr. Arons stehendes Unternehmen und liefere ihr Bier durchweg an sozialdemokratische Wirtschaften, so daß das Generalkommando die Ausschließung der Brauerei von den Kasernenlieferungen in Aussicht genommen habe. Es sei im übrigen festgestellt worden, daß die Bierfahrer der Brauerei sich auf ihren Fahren mit der Verbreitung sozialdemokratischer Flugblätter beschäftigten. Ein Versuch der übrigen großen Brauereien gegen den sozialdemokratischen Terror sei bisher lediglich an dem Widerstand der Schultheiß-Brauerei gescheitert.

Der Herr Minister des Innern bemerkte darauf, . . . das bisherige Ergebnis der Untersuchung lasse annehmen, daß der Einfluß der Sozialdemokratie auf die Leitung der Brauerei übermäßig werde. Worauf der Herr Handelsminister mittelste, daß er zufällig vor kurzem mit dem Vorstehenden des Aufsichtsrats der Brauerei, Geheimen Kommerzienrat Herz, zu-

Bürgerliche Steuerpolitik



Der Reichsfinanzminister

Dieser Sack darf vor dem 20. Februar a. Fall geöffnet werden!

jammertrotten sei und ihm dieser bei jener Gelegenheit erzählt habe, daß die Aktiengesellschaft den Versuch gemacht habe, ihre Anteile an dem Ertrage des Unternehmens nach Maßgabe ihrer Spareinlagen zu beteiligen. Der Versuch habe aber zu einem bedenklichen Ergebnis geführt, da die Höhe der von den Arbeitern gemachten dividendenberechtigten Einzahlungen eine über Erwarren große gewesen sei, so daß man annehmen müsse, daß fremdes Geld mit benutzt worden sei. Die Gesellschaft befinde sich diesen Mischgeschäften gegenüber in einer lästigen Situation; es sei nicht ausgeschlossen, daß dieser Versuch einer Gewinnbeteiligung der Arbeiter zu den Gerüchten über sozialdemokratische Tendenzen der Geschäftsleitung Anlaß gegeben habe.

Der Narr auf dem Throne hat sich also wirklich auch mit ernsthaften Dingen beschäftigen müssen. Ueberlassen Sie die Sozialdemokratie mir, erklärte er einmal. Er ist mit ihr zwar ebenföwenig fertig geworden, wie vor ihm Bismarck. Aber er drang soweit in die Geheimnisse der Sozialistenbekämpfung ein, daß ihm sogar das Bier staatsgefährlich erschien.

Und welche Sorte von Staatsmännern umgab diesen Narrn! Statt ihrem Herrn klar zu machen, daß er von solchem Unsinn die Finger lassen solle, haben sie sich noch in ernsthafteste Auseinandersetzungen mit ihm eingelassen. Die Zeiten, in denen solche Leute das deutsche Volk regieren durften, wollen die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei wieder heraufbeschwören. Die Freuchen wahl soll die nächste Gelegenheit dazu bieten. Die Arbeiterklasse muß durch diese reaktionären Pläne am 20. Februar einen dicken Strich machen!

Sturm auf gegen die Zwangswirtschaft

Bayern ist der Herd der Reaktion. Und das in jeder Beziehung nicht nur in der Entwaffnungsfrage, auch in der Ernährungsfrage. Die härtesten Anstürme gegen die schon so durchlöcherige Zwangswirtschaft kommen aus Bayern. Am 20. und 22. Februar soll in München eine Konferenz der Ernährungsminister tagen. Der Verhandlungsgegenstand wird sein, die Frage der Preisgestaltung für die Ernte 1920/21, aber auch die Aenderung der bisherigen Form der Getreidezwangswirtschaft. Diese veraltete Form der Anfündigung belagt natürlich nichts anderes als weitere Lockerung der Getreidezwangswirtschaft als Vorstufe zu ihrer Aufhebung.

Die Stimmungsmache dafür ist bereits im Gange. Die bayerische Landesbauernkammer hat einen einstimmigen Beschluß gefaßt, der die Einführung der freien Wirtschaft für Getreide für das kommende Erntejahr fordert. Und die bayerischen Deutschnationalen haben im Landtag einen Antrag eingebracht, der die Staatsregierung ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Zwangswirtschaft von Milch und Milchprodukten nach Sicherstellung derjenigen für Säuglinge und Kranke sofort und für Getreide aus der Ernte 1921 grundsätzlich aufgehoben wird.

Also gerade die zwei unentbehrlichsten Nahrungsmittel, Milch und Getreide, für die die zwangswirtschaftliche Bewirtschaftung unter den jetzigen Verhältnissen eine absolute Notwendigkeit ist, sollen frei werden. Das bedeutet, daß Milch, Brot und Mehl einer ungeheuren Preissteigerung ausgesetzt werden.

Eine Preissteigerung dieser Elementarbedürfnisse des täglichen Lebens bedeutet einen immer wachsenden Grad der Verelendung, da die Arbeiterschaft bei der entsetzlichen Wirtschaftskrise, von der kein Ende abzusehen ist, nicht in der Lage ist, um vielsache erhöhte Preise für die wichtigsten Lebensmittel zu bezahlen. Die Proletariatskinder und Kinder werden in noch größeren Massen als jetzt der Unterernährung und Sterblichkeit anheimfallen, da die Arbeitereltern die Milch dann nicht kaufen können oder sie vollends in den Schleichhandel verschwindet.

Die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide und Milch bedeutet eine ungeheure Gefahr für die Gesundheit und das Leben der Arbeiterschaft. Dem schrankenlosen Ausbeutertum der Agrarier muß der härteste Widerstand der Arbeiterklasse entgegengekehrt werden. Die Wahlen am 20. Februar geben die beste Gelegenheit, den Ansturm der agrarischen Reaktion zurückzuwerfen. Siegt in Preußen die Reaktion, dann gibts kein Halten mehr. Dann sind die Tage der Zwangswirtschaft gezählt. Dann kommt die preußisch-bayerische militärisch-agrarische Reaktion. Und was das heißt, das lehrt uns die bayerische Katastrophentaktik in der Entwaffnungsfrage, das lehrt uns die bayerischen Feldzüge gegen die Zwangswirtschaft. Der 20. Februar muß zur Niederlage der offenen und verkappten Reaktion der agrarischen Ausbeutung werden. Das ist die Arbeiterschaft ihrer Klasse, ihrer eigenen Erhaltung und Kräftigung schuldig.

Wiederaufnahme der Bautätigkeit

Der Reichstag hat in der Sitzung am 3. Februar 1921 das Gesetz zur Förderung des Wohnungsbauwesens angenommen. Auf Grund dieses Gesetzes sind von der Reichsregierung, wie das Reichsarbeitsministerium mitteilt, 1 1/2 Milliarden Mark als Voranschlag für Zuschüsse zu Wohnungsbauten zur Verfügung gestellt worden. Ihre Verteilung auf die einzelnen Länder wird in den nächsten Tagen erfolgen. Es darf daher mit einer Wiederaufnahme der Wohnungsbautätigkeit in den nächsten Wochen gerechnet werden.

Englische Empfindlichkeit

Die britische Botschaft bei der italienischen Regierung hat gegen die Haltung einiger italienischer Zeitungen Protest eingelegt, weil diese im verflochtenen Jahre die Allierten unter den wichtigsten Vorwänden angegriffen hätten. England sei der Meinung, daß ein solches vorzeseht feindsicheres und unsaires Verhalten zu beanstanden sei, besonders weil die Allierten oftmals angegriffen wurden, obwohl sie wirklich im Recht gewesen seien. Die italienische Regierung hat diesen Protest zur Kenntnis genommen, aber hinzugefügt, daß es mit der Freiheit der Presse nicht zu vereinbaren sei, sich in diese Dinge einzumischen.

Jedenfalls ein vernünftiger Standpunkt der italienischen Regierung. Ob dabei nicht ein volles Einverständnis mit der Haltung der italienischen Presse vorgewaltet hat? Dem „freien Britannien“ aber steht es schlecht an, den Zensur für die Presse eines anderen Landes zu spielen.

Die Wahlen in Südafrika. Aus Kapstadt wird über die Wahlen gemeldet, daß bisher die Südafrikanische Partei 55, die Arbeiterpartei 9, die Nationalisten 34, die Unabhängigen 1 Sit erhalten haben. 23 Ergebnisse stehen noch aus. Premierminister Smuts ist wiedergewählt worden. Er verfügt bereits über eine Arbeitsmehrheit von 10 Stimmen. Der Wahlkampf spielte sich in Südafrika hauptsächlich zwischen der Nationalisten, die für die Unabhängigkeit der Orangerepublik eintreten und zwischen der Südafrikanischen Partei, der eigentlichen Regierungspartei, ab. Nach dem oben mitgeteilten Teilergebnat scheint die Regierungspartei bereits einen ziemlich großen Vorsprung zu haben, so daß eine Aenderung der Politik nicht zu erwarten ist.

Die agrarische Liebesgabenpolitik

Sind die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu niedrig?

Was den Stellen der Landwirtschaft erhalten wir folgende bemerkenswerte Darlegungen, die wir nicht nur der eingehenden Beachtung der Ernährungsbehörden empfehlen, sondern von denen wir auch wünschen, daß sie die Steuerbehörden für sie interessieren.

Der offene Widerstand der Agrarier gegen die Reste der Zwangsbewirtschaftung ist stärkster Frevel. Die Allgemeinheit hat unter ihm sehr zu leiden. Die öffentliche Bewirtschaftung ist gar keine Zwangsbewirtschaft. Wirkliche Zwangsbewirtschaft wäre sie erst geworden, wenn man den Zwang auch auf den Anbau ausgedehnt hätte. Dann erst hätte man eine Bedarfswirtschaft erhalten.

Wie sieht die praktische Auswirkung der sogenannten Zwangsbewirtschaft aus?

Alljährlich werden Ernteständenerhebungen gemacht, die allerdings niemals nachgeprüft worden sind. Sodann erfolgt eine Einschätzung der Ernte. Diese nehmen aber die Agrarier selber vor. Nach dieser Einschätzung erfolgt die Festlegung des Ablieferungsolls, und zwar ist sie bei uns in der Weimer Gegend auf 7 Zentner pro Morgen für Roggen festgelegt. Wie aber nun in der untenstehenden Berechnung über Reinerträge aufgeführt ist, werden pro Morgen 13 Zentner geerntet, es bleibt also ein Ueberschuß von 6 Zentner pro Morgen. Gewiß muß zugegeben werden, daß geringe Schwankungen im Erntertrag vorhanden sind, diese bewegen sich aber zwischen 9 und 15 Zentner pro Morgen. Deshalb ist auch ein Unterschied bei dem Ueberschuß vorhanden. Geht der Fall, der Landwirt hat 50 Morgen Roggen, so hat er nach dem Ablieferungsoll, zu 7 Zentner berechnet, abzuliefern 350 Zentner, hat er aber beispielsweise 13 Zentner geerntet, so ergibt sich ein Ueberschuß von 300 Zentner. Diesen Ueberschuß von 300 Zentnern kann er in der Schweinefleischmast anlegen, wodurch er bei den heutigen Schweinefleischpreisen einen gewissen Gewinn erzielt. Wenn er dies aber nicht tut, so verschleudert er das Getreide in den Schleichhandel.

Hat nun ein Landwirt eine geringere Anbaufläche, so hat er naturgemäß auch weniger abzuliefern, aber auch weniger Ueberschuß. Am schlechtesten sind die ländlichen Industriearbeiter, Landarbeiter und Pächter weggenommen, welche erstens sehr zu kämpfen haben, um auch nur das notwendigste Land zu erhalten. Besonders ist das dort der Fall, wo die Agrarier alles nur irgend zu habende Land an sich reißen, sei es durch Kündigung von Verträgen oder durch den Abschluß von neuen Verträgen oder Kauf. Daß durch dieses Gebahren wieder neue Arbeitslose geschaffen oder kleine Landwirte wieder zu industriellen Arbeitern werden, dürfte jedem klar sein.

Aber nicht nur durch mangelnde Ablieferung, Verfälschung und Schleichhandel verdienen die Landwirte außerordentlich viel, sondern auch durch die Preise, die sie für ihre Erzeugnisse behördlicherseits erhalten. Das Zammern der Landwirtschaft wegen der zu geringen Preise ist völlig unbegründet, wie aus den folgenden Richtlinien über Reinerträge im Kreise Wolfländereien, aufgestellt vom Landes-Pacht-Einigungsamt, am 28. Oktober für das Wirtschaftsjahr 1920 deutlich hervorgeht. Diese Richtlinien sind um so höher zu bewerten, als sie von Landwirten aufgestellt worden sind und weil sie den Pachtpreisen für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke zugrunde gelegt werden sollen. Hier kann also von irgendeiner, den Landwirten unangünstigen Tendenz nicht die Rede sein. Wir geben deshalb die Berechnungen, die sich auf den Morgen beziehen, nachfolgend mit ihren Einzelheiten wieder, weil gerade aus ihnen klar hervorgeht, daß die Berechnungen auf durchaus sicherer und einwandsfreier Grundlage beruhen.

4. Acker. Bruttoeinnahme: 45 Zentner à 44,50 Mark (trocken) 2000 Mark Produktionskosten: 2000 Mark Reingewinn: 885 Mark

5. Wiesen. Bruttoeinnahme: 26 Zentner à 20 Mark 1080 Mark Produktionskosten: 1080 Mark Reingewinn: 770 Mark

6. Zuckerrüben. Bruttoeinnahme: 160 Zentner à 20 Mark 3200 Mark Produktionskosten: 4220 Mark Reingewinn: 2597 Mark

7. Kartoffeln. Bruttoeinnahme: 85 Zentner à 20 Mark 1700 Mark Produktionskosten: 855 Mark Reingewinn: 845 Mark

8. Körnerfrüchte. Bruttoeinnahme: 13 Zentner à 70 Mark 910 Mark Produktionskosten: 115 Mark Reingewinn: 795 Mark

4. Acker. Bruttoeinnahme: 45 Zentner à 44,50 Mark (trocken) 2000 Mark Produktionskosten: 2000 Mark Reingewinn: 885 Mark

5. Wiesen. Bruttoeinnahme: 26 Zentner à 20 Mark 1080 Mark Produktionskosten: 1080 Mark Reingewinn: 770 Mark

6. Zuckerrüben. Bruttoeinnahme: 160 Zentner à 20 Mark 3200 Mark Produktionskosten: 4220 Mark Reingewinn: 2597 Mark

7. Kartoffeln. Bruttoeinnahme: 85 Zentner à 20 Mark 1700 Mark Produktionskosten: 855 Mark Reingewinn: 845 Mark

8. Körnerfrüchte. Bruttoeinnahme: 13 Zentner à 70 Mark 910 Mark Produktionskosten: 115 Mark Reingewinn: 795 Mark

9. Obst. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

10. Wein. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

11. Milch. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

12. Fleisch. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

13. Eier. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

14. Honig. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

15. Wolle. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

16. Leder. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

17. Textilien. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

18. Holz. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

19. Stein. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

20. Eisen. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

21. Kupfer. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

22. Zinn. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

23. Blei. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

24. Silber. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

25. Gold. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

26. Platin. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

27. Nickel. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

28. Zink. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

29. Aluminium. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

30. Magnesium. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

31. Natrium. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

32. Kalium. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

33. Calcium. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

34. Eisen. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

35. Kupfer. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

36. Zinn. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

37. Blei. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

38. Silber. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

39. Gold. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

40. Platin. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

41. Nickel. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

42. Zink. Bruttoeinnahme: 1000 Mark Produktionskosten: 1000 Mark Reingewinn: 770 Mark

lange das Licht der Freiheit zu erlöschen, denn der eine wurde einer Irrenanstalt übergeben und der andere durfte sich in ein Sanatorium zurückziehen.

Man erkennt an dieser Begebenheit wiederum erstens, daß die Korruption gerade in denjenigen Kreisen anzutreffen ist, die den Parteien der Herren Hefferich und Stresemann nahesteht, und zweitens, daß man als honorierter Bürger seine Angst vor Staatsanwaltschaft und Gericht zu haben braucht, selbst wenn man sich der schlimmsten Verfehlungen am Vaterlande schuldig macht.

Eine Anfrage an Herrn Hefferich

Die „Germania“ richtet folgende kleine Anfrage an Herrn Hefferich:

„Mit dem Vorkämpfer für die Reinheit der Sitten im öffentlichen Leben die Mitteilung des „Badischen Beobachters“ bekannt, wonach der badische nationale Abgeordnete Ritter aus den Händen der Entente Sachen gekauft hat, obwohl das Reich sein Eigentum daran behauptet und das dem Herrn vorher klipp und klar mitteilte? Ist ihm weiter bekannt, daß der Herr sein Tun später damit öffentlich rechtfertigte, wenn er es nicht gekauft hätte, so hätte im Vorraum schon jüdische Händler auf das Geschäft gelangert? Welche Maßnahmen gedenkt Herr Hefferich gegen solche Korruptionserscheinungen zu ergreifen?“

Herr Hefferich wird garrnichts unternehmen, er hat zuviel da mit zu tun, vor den Türen anderer Leute zu lehnen.

Parteiopposition gegen Lenin

Die Anhänger Trojki und der vermittelnden Gruppe Bucharins, die von Lenin und Sinowjew aufs schärfste angegriffen worden war, haben sich im Kampf um die Gewerkschaftsfrage gegen die Richtung Lenins und Sinowjews zusammengeschlossen und ein gemeinsames Programm aufgestellt. Die Moskauer „Wschoda“ veröffentlicht nach einem Drahtbericht des „On-Express“ die Thesen dieser neuen Gruppe mit den Unterschriften von acht Mitgliefern des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, darunter Trojki, Bucharin, Derschin, Preobraschenski, Rakowski, von vier Mitgliedern des ukrainischen Zentralkomitees der Partei, darunter Djatalow und Kohn, ferner von einer Reihe hervorragender Moskauer Kommunisten, darunter Larin und Sokolnow und von einigen leitenden Gewerkschaftlern, die als Anhänger Trojki's aufgetreten waren.

Die neue Gruppe hat die Mehrheit im Zentralkomitee der russischen kommunistischen Partei und dürfte die Lage der Gruppe Lenins und Sinowjews stark erschweren, wenngleich diese neuerdings durch die bisher selbständigen kleinen Gruppen von Rogin und Rjasanow verhärtet worden ist. Außer den beiden großen Gruppen Lenins und Sinowjews einerseits und Trojki's und Bucharins andererseits besteht jetzt noch die Oppositionsgruppe des „demokratischen Zentralismus“, die in der Gewerkschaftsfrage Lenin und Sinowjew ziemlich nahe steht, aber die gesamte Politik des Zentralkomitees der Partei aufs schärfste bekämpft, ferner die unabhängig gebildete Gruppe von Ignatow und die ausgeprägt sozialistische Gruppe der „Arbeiteropposition“ unter Führung Schjapnikows, die, von den oberen Parteinstanzen bekämpft, einen starken Anhang unter den Massen der Arbeiterklasse zu finden scheint.

Aus der Internationale

Internationale sozialistische Konferenz in Wien

Die internationale sozialistische Konferenz wird im großen Saal des Arbeiterheims Favoriten, Wien, Laxenburger Str. 8, tags, Der Beginn der Verhandlungen ist auf den 22. Februar 1921, 3 Uhr nachmittags, festgesetzt. Die sozialistischen Parteien werden ersucht, sofort die Namen ihrer Delegierten an Friedrich Adler, Wien, Rechte Wienzeile 97, bekanntzugeben und mitzutellen, ob die Befragung von Zimmern in Hotels gewünscht wird. Diese Mitteilungen sollen möglichst umgehend erfolgen, damit rechtzeitig alle Vorkehrungen für die Erzielung des Bahisiums nach Oesterreich getroffen werden können.

Delegierte, die vor dem Beginn der Konferenz in Wien eintreffen, erhalten alle weiteren Auskünfte im Sozialdemokratischen Parteisekretariat, Wien, Rechte Wienzeile 97, 1. Stock (Haus der „Arbeiter-Zeitung“).

Die argentinischen Sozialisten und die Internationale

Beim sozialdemokratischen Parteisekretariat der Schweiz lief ein Telegramm des Genossen Tomaso aus Buenos Aires ein, der mitteilt, daß der Kongreß der sozialistischen Partei der Republik Argentinien beschlossen habe, aus der 2. Internationale auszutreten und sich den an der Wiener Konferenz vereinigten Parteien anzuschließen. Die Entscheidung eines Delegierten unterstellt, da die Partei hierzu gegenwärtig aus technischen Gründen nicht in der Lage ist.

Der belgische Bericht auf Artikel 18. „Indépendance belge“ demontiert die deutsche Nachricht, daß Belgien bei seinem Bericht auf die Ausführung des Artikels 18 vom Friedensvertrag weitergegangen sei als die britische Regierung. Der belgische Bericht sei nur nicht in den gleichen Worten abgefaßt wie der englische, aber beide seien inhaltlich vollkommen identisch. Höchstens sei der belgische Bericht klarer gehalten.

Scheitern des Handelsvertrages mit Südslawien. Der Belgrader Ministerialrat hat dem Handelsvertrag, wie er zwischen Deutschland und Südslawien ausgearbeitet war, seine Zustimmung verweigert.

Deutsche Vertretungen im Ausland. Der frühere Konsul Graf Spee geht als provisorischer Geschäftsträger nach Athen. Generalkonsul Kempf begibt sich demnächst nach Montreal (Kanada).

Weitere Freiersicht im Saarbergbau. Die Verwaltungsbehörde der Saargruben hat bestimmt, daß am 12. Februar eine weitere Freiersicht für die Belegschaft der Saargruben eintritt. Der neue italienische Botschafter in Berlin, Alfredo Frasi, hat überreichte Akten, Donnerstag, dem Reichspräsidenten sein Beglaubigungsschreiben. Reichsminister Dr. Simons war bei dem Empfang zugegen. Botschafter Frasi hielt eine kurze Ansprache, in der er die Ziele seiner Mission ausdrückte. Ihm antwortete Reichspräsident Ebert gleichfalls mit einer Ansprache.

Allgemeiner Hinauswurf bei der „Humanität“. Nach Pariser Weitermeldungen hat die Verwaltung der „Humanität“ alle Angehörigen, die sich der dritten Internationale nicht angeschlossen haben, entlassen.

Der neue englische Kriegsminister. Anstelle Winston Churchills, der das Kolonialministerium übernimmt ist Sir L. Worthington Evans zum Staatssekretär des Kriegsamtes ernannt worden.

Polen in der Finanzlemme. Die Maßnahmen des Finanzministers Strojowski betreffen die Vermögensabgabe und der neuen Steuern haben eine wahrhafte Panik in ganz Polen hervorgerufen. Alle Kapitalisten entledigen sich der polnischen Mark und laufen ausländische Wäلتen. Die deutsche Mark wird in besonders großen Mengen aufgekauft, da man in Warschau mit einer bevorstehenden Erhöhung der deutschen Mark rechnet. — Der Schmutz mit Geld ins Ausland hat denartigen Umfang angenommen, daß das Finanzministerium dem Ministerialrat einen Gesetzentwurf vorgelegt hat, der ein besonderes Genarmee- und Geheimpolizeikorps für den Kampf gegen den Schmuggel vorsieht.

Vorstehende Berechnungen sind maßgebend für gute Durchschnittsländereien.

Für Beurteilung und Reinertragsfestlegung von Spargel- und Konservenfruchtbaue stellt sich die heutige Kommission nicht für genügend sachverständig, und soll auf Antrag des Landespacht-Einigungsamtes eine andere Kommission gebildet werden.

Die Kommission bestand aus Herrn Oberamtsrichter Kämmehirt als Vorsitzenden, Herrn Landw., Herrn Georg Ripp, Barum, als Beisitzer von Verpächterseite, und Herrn Kollwoge, Heerte und Landwirt Hinz in Sambleben als Beisitzer von Pächterseite.

Die Kommission hat sich mit 4 gegen eine Stimme grundsätzlich, schon aus moralischen Gesichtspunkten, unbestimmt um etwa noch ausstehende anderweitige Entscheidungen, für eine Erhöhung der Pachten für das Wirtschaftsjahr 1920 ausgesprochen.

Wenn aber überhaupt Ausstellungen an diesen Richtlinien zu machen sind, so können sie sich nur darauf beziehen, daß manche Unkosten zu hoch, die Preise aber zu niedrig eingeseht sind. Bei den Zuckerrüben z. B. hat man den Zucker nicht berechnet, der den Landwirten von den Zuckerrüben geliefert wird, obwohl er doch auch ein Teil des Entgeltes für die Lieferung der Zuckerrüben darstellt. Auch sind die Kosten für Faden und Roden wesentlich zu hoch eingeseht. Ein offensichtlicher Fehler findet sich bei den Kartoffeln. Hier ist ein Preis von 20 M. pro Zentner eingeseht worden, obwohl doch der garantierte Mindestpreis 25 M. beträgt und die allermeisten Landwirte wesentlich darüber hinausgehende Preise erzielt haben.

Ganz einwandfrei geht aus allen Aufstellungen aber hervor, daß zu einer Erhöhung der Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse keine Veranlassung vorliegt. Wenn auch der Reingewinn bei den Körnerfrüchten am geringsten ist, so muß doch in Betracht gezogen werden, daß der Gewinn bei den anderen Erzeugnissen um so höher ist und den Landwirten ein gesichertes auskömmliches Dasein ermöglicht. Das aber hat die große Masse der städtischen Bevölkerung nicht. Wenn deshalb die Reichsregierung eine neue Heraushebung der Preise für Getreide plant, so gewährt sie damit den großen Agrariern ein Geschenk auf Kosten der großen Masse der Bevölkerung.

Wer das nicht will, muß am 20. Februar den bürgerlichen Parteien einen vernichtenden Denksatz für ihre agrarische Liebesgabenpolitik geben und für die Wahl der Unabhängigen eintreten.

36 Milliarden Besatzungskosten

Nach einer Mitteilung der „Daily News“ betragen die den Allierten seit dem Waffenstillstand bis Ende September 1920 erwachsenen Besatzungskosten 35,9 Milliarden Papiermark. Wie wir erfahren, entspricht diese Summe den der deutschen Regierung bereits bekannten Zahlen. Die ungeheure Höhe dieser Kosten rührt in erster Linie daher, daß die Zahl der Besatzungstruppen über die Erfordernisse einer friedlichen Besetzung weit hinausgeht. Sie ist doppelt so hoch, als bei den Versailler Verhandlungen dem deutschen Vertreter in Aussicht gestellt wurde.

Dazu kommt die enorme Steigerung der Besatzungskosten durch die Höhe der den Besatzungstruppen zustehenden Gehälter. So erhält z. B. in der französischen Besatzungsarmee im Rheinland: ein Unterleutnant, unehelicher: 10.800 Fr. (47.190 M.), verheiratet: 12.000 Fr. (52.440 M.), ein Leutnant, unehelicher: 18.200 Fr. (57.634 M.), verheiratet: 15.600 Fr. (68.172 M.), ein Hauptmann, unehelicher: 16.800 Fr. (73.416 M.), verheiratet: 18.000 Fr. (81.282 M.), ein Major, unehelicher: 24.000 Fr. (104.880 M.).

Zum Vergleich sei angeführt, daß unter Berücksichtigung der jüngst beschlossenen erhöhten Teuerungszulage ein deutscher Leutnant der Gruppe XIII (Ministerialrat, Oberst usw.) im Höchstfalle 45.000 M. erhält, also nicht soviel, wie ein unehelicher französischer Unterleutnant. Der Deutsche Reichskanzler erhält mit 110.500 M. nur 5620 M. mehr als ein französischer unehelicher Major.

Der Ententemilitarismus versteht es ebenso vortrefflich, da, wo er hinkommt, sich breit zu machen und das Land auszulagern, wie der Deutsche. Auch diese ungeheure Belastung des deutschen Volkes kommt auf das Konto derer, die den Krieg gewollt und verlängert haben. Ihre Politik rächt sich gegenwärtig wieder hoch. Gebt ihnen am 20. Februar die Antwort!

Korruption

Uns wird mitgeteilt: Ein Major Müller, der im Kriegsministerium beschäftigt war, hatte vor einiger Zeit in Gemeinschaft mit einem Herrn Elton, der sein Domizil im Hotel Adlon aufgeschlagen hatte, wertvolle Bücher und geheime Dokumente aus den Archiven des Kriegsministeriums verschleppt und sie an japanische Mittelspersonen veräußert. Die Sache kam dadurch ans Licht, daß ein Paket, in dem sich mehrere Dokumente dieser Art befanden, in einer Weinhandlung liegen blieb und von dem Portier geöffnet worden war. Müller und Elton wurden verhaftet. Sie brauchten aber nicht

A. Wertheim Lebensmittel

Leipziger Strasse Königstrasse Rosenthaler Strasse Moritzplatz

Gemüse, Obst

Kartoffeln.....10 Pfd. 5³⁰
 Kohlrüben gelbe, Pfd. 25 Pf.
 Mohrrüben.....Pfd. 30 Pf.
 Weißkohl.....Pfd. 70 Pf.
 Rote Rüben.....Pfd. 45 Pf.
 Zwiebeln.....Pfd. 50 Pf.
 Sellerie.....Pfd. 45, 95 Pf.
 Märk. Rübchen Pfd. 50 Pf.

Blumenkohl...Kopf von 1⁵⁰
 Schwarzwurzeln Pfd. 1⁸⁰
 Maronen.....Pfd. 2²⁵
 Zitronen gelbe...Stück 40 Pf.
 Apfelsinen Stück 45, 60 Pf.
 Mandarinen.....Pfd. 5⁰⁰
 Feigen.....Pfd. 5⁵⁰
 Große Tafeläpfel Pfd. 1⁹⁰

Fische

Kabeljau o. Kopf, l. g., Pfd. 4⁴⁰
 Schellfische.....Pfd. 4⁴⁰
 Plötzen lebend.....Pfd. 4⁴⁰
 Bleie lebend.....Pfd. 9⁰⁰

Geflügel, Wild

Hirschfleisch Pfd. von 9⁰⁰
 Hasen im Fell, Stck. 62⁰⁰ 68⁰⁰
 Gänsepflockfleisch 15⁰⁰
 Kriekenten.....Stück 7⁵⁰

Wurst

Zwiebelleberwurst 14⁰⁰
 Rotwurst.....Pfd. 14⁰⁰
 Landleberwurst Pfd. 19⁰⁰
 Jagdwurst.....Pfd. 20⁰⁰
 Grobe Mettwurst Pfd. 25⁰⁰

Frische Blut- u. Leberwurst 12⁰⁰
Sülzwurst.....Pfd. 14⁰⁰
Gänsebrust i. ganzen und halben Brüsten Pfd. 26⁰⁰

Fleisch

Kalbskamm und Brust Pfd. 12⁰⁰
 Kalbsnierenbraten 13⁰⁰
 Kalbskeule ganz oder geteilt Pfd. 13⁰⁰
 Hammel-Vorderfleisch 14⁰⁰
 Schweineschinken 17⁰⁰
 Schweinekamm und Schult. 17⁰⁰
 Schweinebauch Pfd. 17⁰⁰
 Geh. Rind- u. Schweinefleisch Pfd. 14⁰⁰

Frische Blumen

Palmen.....Topf 27⁵⁰
 Veilchentöpfe Stück 3⁶⁰
 Verkauf von Sämereien und Düngemitteln. Große Auswahl in Kränzen

Konserven

Stangen-Spargel, sehr stk. 1/2, 14.50
 Stangen-Spargel, 3/4, 11.50
 Bruchspargel, extra stark, 1/2, 13.40
 Bruchspargel, stark, 1/2, 11.75
 Junge Schoten, sehr fein, 1/2, 14.20
 Junge Schoten, sehr grob, 1/2, 8.20
 Junge Schoten, fein, 1/2, 12.40
 Kaiser Schoten, fein, 1/2, 7.35
 Kaiserschoten m. Spargel, 1/2, 16.00

Schoten, sehr fein, m. Sparg. 14.50
 Pfefferlinge.....1/2, 10.25
 Steinpilze.....1/2, 10.50
 Brech- und Schneidebohnen 5.75
 Brech- u. Schneidebohnen 1 6.50
 Stang.-Brech- u. Schneideb. 6.90
 Tomaten-Puree.....7.07
 Tomaten, ganz, Frucht, gesch. 4.50
 Wachbohnen.....1/2, 7.25

Marmelade

engl. Art, mit 60% Zucker
 Himbeer.....1-Pfd.-Glas 8.00
 Johannisbeer.....1-Pfd.-Glas 8.00
 Orangen.....1-Pfd.-Glas 9.50
 Aprikosen.....1-Pfd.-Glas 10.25
 Erdbeer.....1-Pfd.-Glas 10.00
 Kirschen.....1-Pfd.-Glas 9.50
 Pflaumen.....1-Pfd.-Glas 8.00

Backobst

Pflaumen.....Pfd. 4.75
 Pflaumen, ohne Steine, Pfd. 8.50
 Aprikosen.....Pfd. 18.60
 Orangen.....Pfd. 18.60
 Apfelschnitte.....Pfd. 5.30
 Birnen.....Pfd. 4.80
 Gemischtes Backobst, Pfd. 4.80
 Gemischtes Backobst, Pfd. 6.50

Krabben.....1/2 Dose 8⁷⁵
Amerik. Würstchen 6⁵⁰
 in Dosen.....per Dose

Rangoon-Bohnen 1⁰⁰
Graupen.....Pfund 2⁸⁰

Wein

Rotwein

1919 Montagne, naturr. frz. Rotw. 15.50
 1917 Priorato, schw. span. Rotw. 24.50
 1918 Chateau du Pin Bordeaux 23.75
 1918 Chateau des Vignes „ 26.00
 1917 Chateau Ferrand „ 29.50

Wassertwein

Tarragona, rot.....28.75
 Tarragona, weiß.....28.75
 Spanischer Vermouth.....26.50
 Sherry Huelva.....31.50
 Douro Portwein, rot.....39.00

Apfelwein 5⁰⁰ Heidelbeerwein 11⁵⁰
Johannisbeerwein 13⁰⁰

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
 Wallensteins Tod
 Neues Volks-Theater
 Abends 8 Uhr
 Baumarchais und Sonnetts

Leffing-Theater
 Victor Barnasch
 Heute bis Montag
 Ein Idealer Gatte
 (Darius, Gatz, Lenz)

Staatstheater
 Opernhaus
 8 Uhr
 Siegfried
 Schauspielhaus
 7 Uhr
 Torquato Soffo

Deutsches Künigl. Theater
 Max Adolph, Trade (Hellerberg)
 Sonnabend 3 U. Sehr Kinder-
 vorstellung: Stigflis

Deutsches Theater
 Kammerpiele
 7 1/2 Uhr: Der pathetische Hut
 Großes Schauspielhaus
 8 Uhr: Die Passion
 (Aber Abonnement)

Rose-Theater
 7 1/2 Uhr:
Johannisfeuer

Thalia-Theater
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Mascottchen

Casino-Theater
 7 1/2 Uhr:
Der Großfürst

Königgräber Str.
 3 Uhr: Der Vater
 (Eude Richard, Sabina Garcia,
 Gerda Richard, Susan Bag,
 Carl Derburg, Van Brock,
 Kahell (Jäger))
 Sonnabend und Sonntag:
 Johanna Iwanowna
 Montag: Der Vater

Folies Caprice
 am Oranienburger Tor
 Der Doppelgänger
 Der jährl. Triumph
 mit Tech. Orchester

Romödienhaus
 7 1/2 U.: Die Gade mit Sata
 mit Max Pallenberg
 Ab. Sonnabend um 1. Male:
 Das weiße Ländchen
 Schwank von Hans Schimmann
 mit Max Pallenberg
 (Konrad Kasper, Emmy Sturm,
 Selig Seidel, Olga Engel, Eva
 Brack, Frieda Schindler)

Madame Dubarry's
 Liebesszenen
 mit der weltberühmten
 Scheraz

Berliner Theater
 7 1/2 U.: Die spanische
 Nachtigall
 mit Fritz Hofmann

Der lustige Spielplan

Erioner-Theater
 Täglich 8 Uhr:
**Die Gesellschaft des
 Abbé Chateaufort**
 Schauspiel von Grand Etchen
 (Eugenie Konstantin, Lisa
 Orsting, Käthe Jaack, Julie
 Werschmiller, Franz Burg, Hermann
 Wollstein, Julius Holtenstein,
 Wolf-Heinrich, Paul Wiegand)

Concordia-Palast-Theater
 64 Schreierstraße 64
 Filmshow:
**Der Liebeskorridor
 Der schwarze Graf**
 Bühnenbau:
 May Feil / 2 Orchester
 Hejota / Hämmer & Co.

Residenz-Theater
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Lady Windermere's Fächer
 von Oscar Wilde
 (Hilke, Gertrud, Liede,
 Karoff, Kallmeyer, Otto,
 Wilmeloh)

Metropol
 Karle-Platz
 7 1/2 Uhr:
Der lustige Spielplan

Kleines Theater
 Unter den
 Linden 44
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Canavans Sohn

SCALA
 KUMMELSTRASSE
 DIE VARIÉTÉ-BÜHNE
 730

Theater am Rollendorplatz
 7 Uhr:
Wenn Liebe erwacht...
 eig. nachm. Der Huzaren.
Königstadt-Theater
 Alexanderstr. 21 Hh. Janowitz.
 Täglich
 7,30 U.: Gala-Sänger

Residenz-Kasino
 Blumenstraße 10
 neben Residenz-Theater
Tägl. Gr. Ball
 für die ältere Jugend
 auch Sonntags

Gun de Maupassant
 Romane und Novellen
 1. Die kleine Elise
 2. Die kleine Elise
 3. Die kleine Elise
 4. Die kleine Elise
 5. Die kleine Elise
 6. Die kleine Elise
 7. Die kleine Elise
 8. Die kleine Elise
 9. Die kleine Elise
 10. Die kleine Elise
 11. Die kleine Elise
 12. Die kleine Elise
 13. Die kleine Elise
 14. Die kleine Elise
 15. Die kleine Elise
 16. Die kleine Elise
 17. Die kleine Elise
 18. Die kleine Elise
 19. Die kleine Elise
 20. Die kleine Elise
**Jeder Band elegant
 gebunden 8.40 Mk.**
**Buchhandlung
 „Freiheit“**
 Berlin C 2
 Breite Straße 8-9

Möbelfabrik
 liefert preiswertesten Preis unter der Bedingung
 gegenseitiger Abnahme
komplette Wohnungseinrichtungen
 zu günstigen Zahlungsbedingungen
 Offener unter V. 70 a. C. P. S. „Freiheit“, Berlin C 2

C. Weissert Viele Jahre in Krankenhäusern
 und Kliniken tätig gewesen
jetzt Brunnenstr. 191, I. Etage. Nähe Hauptbahnhof
 behandelt alle Geschlechtsleiden bei Männern u. Frauen
 schnell, schmerzlos, ohne Operation u. ohne Beschränkung durch
 neue schmerzlose Radikalkur = Teilzahlung.
Untersuchung u. Auskunft kostenlos
 Sprechstunden 10-12 u. 4-7. Sonntags 10-12.

Münzen :: Briefmarken
 kauft Großmann, Johannistr. 4.
 Zugang u. v. Friedrichstr. (Nr. 100) Norden 100 21

Dringend! Gute Preise. Dringend!
Kupfer / Rotguss / Messing
Quecksilber
Zinn / Weißlager
Schulendorfer Str. 2
Kösliner Str. 6
Swinemünder Str. 109

Deutscher Metallarbeiter-Verein
 Verwaltungsbüro Berlin N. 54, Liniensir. 83-85
 Geschäftzeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
 Telefon: Amt Norden 183, 1259, 1987, 9714.

Branchenversammlung
 der Bauanschläger
 Tagungsort:
 1. Verbandssitzungsraum, 2. Branchenangelegenheiten,
 3. Diskussion, 4. Verabschiedung.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt

Branchenversammlung
 der Maschinen-, Auto- und Motorenarbeiter
 Tagungsort:
 Fortsetzung der Branchenversammlung vom 4. Februar d. J.
 Zutritt haben nur die der Branche angehörige Kollegen.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt

Branchenversammlung
 der Drahtarbeiter Groß-Berlin
 Tagungsort:
 1. Bericht über den Stand der Lohnbewegung,
 2. Auswahl eines Kommissionsmitgliedes,
 3. Branchenangelegenheiten.
 Die Ortsverwaltung.

Geschäftsführer
 für unsere Vertriebsleitung wird für sofort oder später
 ein Geschäftsführer gesucht. In Frage kommen nur
 Herren mit gründlicher kaufmännischer und technischer
 Durchbildung, die Erfolge in der Inflation-Propor-
 ganda aufweisen können und in der Lage sind, bei
 noch sehr ausdehnungsfähigen Betrieb auszubauen.
 Bewerbungen mit Referenzen und Gehaltsforderungen
 unter dem Kennwort „Bewerbung“ bis zum 30. Fe-
 bruar an die Verlags-gesellschaft „Der Kämpfer“,
 Berlin, Poststraße 84.

Botenfrauen
 stellt ein
Expedition Krüger, Neuhölln, Emjer Straße 32
Expedition Wuzky, Johannistr. 9

Botenfrauen
 sucht sofort
Zellungs-Zentrale (Z. Z.)
 202, 19. Jannowstr. Str. 20

Botenfrauen
 sucht sofort
Möbel
 Inexpensive Zahlungsweise
GREBLER
 Weinbrennweg 4

Botenfrauen
 sucht sofort
Gladwin-Karten
 zur
Jugendweiche
 in einfacher Ausführung
Buchhandlung
„Freiheit“
 Breite Straße 8-9
 und in den Freiheit-
 Expeditionen erhältlich.

Botenfrauen
 sucht sofort
Möbel
 Inexpensive Zahlungsweise
GREBLER
 Weinbrennweg 4

Botenfrauen
 sucht sofort
Gladwin-Karten
 zur
Jugendweiche
 in einfacher Ausführung
Buchhandlung
„Freiheit“
 Breite Straße 8-9
 und in den Freiheit-
 Expeditionen erhältlich.

Botenfrauen
 sucht sofort
Möbel
 Inexpensive Zahlungsweise
GREBLER
 Weinbrennweg 4

Botenfrauen
 sucht sofort
Gladwin-Karten
 zur
Jugendweiche
 in einfacher Ausführung
Buchhandlung
„Freiheit“
 Breite Straße 8-9
 und in den Freiheit-
 Expeditionen erhältlich.

Botenfrauen
 sucht sofort
Möbel
 Inexpensive Zahlungsweise
GREBLER
 Weinbrennweg 4

Botenfrauen
 sucht sofort
Gladwin-Karten
 zur
Jugendweiche
 in einfacher Ausführung
Buchhandlung
„Freiheit“
 Breite Straße 8-9
 und in den Freiheit-
 Expeditionen erhältlich.

Botenfrauen
 sucht sofort
Möbel
 Inexpensive Zahlungsweise
GREBLER
 Weinbrennweg 4

Botenfrauen
 sucht sofort
Gladwin-Karten
 zur
Jugendweiche
 in einfacher Ausführung
Buchhandlung
„Freiheit“
 Breite Straße 8-9
 und in den Freiheit-
 Expeditionen erhältlich.

Botenfrauen
 sucht sofort
Möbel
 Inexpensive Zahlungsweise
GREBLER
 Weinbrennweg 4

Botenfrauen
 sucht sofort
Gladwin-Karten
 zur
Jugendweiche
 in einfacher Ausführung
Buchhandlung
„Freiheit“
 Breite Straße 8-9
 und in den Freiheit-
 Expeditionen erhältlich.

Botenfrauen
 sucht sofort
Möbel
 Inexpensive Zahlungsweise
GREBLER
 Weinbrennweg 4

Billige Hosenwoche

von Montag, 14., bis Sonnabend, 19. Februar. Vorverkauf: Freitag, 11., u. Sonnabend, 12. Febr.

Sämtliche Hosen sind bedeutend im Preise herabgesetzt

größtenteils unter Anschaffungspreis.

Serie I Hosen	sehr haltbar, in ansehn- lichen Mustern	55	Serie IV Hosen	in verschied. dessein Mustern	150
Serie II Hosen	in Kammgarn und Chaviole	80	Serie V Hosen	erwachsen gestreift, zu Outwags passend	170
Serie III Hosen	aus gutem Kammgarn- stoff	120	Serie VI Hosen	schwarz, aus vorzüg- lichem Tuchmaterial	275

Unterhosen für Herren, sehr gute hal-
bare Qualität, M. 5⁰⁰ | **Herrnsocken** sehr gut, haltbare
Qualität, M. 5

Nur eine Verkaufsstelle **BaerSohn** **Keine** Filialen mehr

Nur Chausseestraße 29-30 Nur

Die Wohnungsluxussteuer angenommen

Die Groß-Berliner Stadtväter hatten in der gestrigen Stadtvollversammlung wieder eine reichhaltige Tagesordnung zu bewältigen.

Bei der Einführung des neuen Oberbürgermeisters Boeh durch den Oberpräsidenten blieben die Rechtssozialisten mit den Bürgerlichen, zu denen sie sich schon zugehörig fühlen, unter sich. Den Einführungsreden des Oberpräsidenten und den verschiedenen anderen Begrüßungsreden spendeten sie lebhaften Beifall.

Die Wohnungsluxussteuer wurde trotz des Widerstrebens des geeinten Bürgerblocks unter Dach und Fach gebracht.

Die Erhöhung der Straßenbahntarife wurde nicht beschlossen, die Vorlage ging an einen Ausschuss.

Bei der Besprechung der Vorlage betr. Uebernahme des Anschlagwesens der Stadt Berlin in eigenen Betrieb und Ankauf der Druckerei von Kauf u. Hartmann, die an einen Ausschuss verwiesen wurde, machten die Bürgerlichen aller Schattierungen ihrem sozialistischerfeindlichen Herzen Luft. Ihrer Ansicht nach ist und bleibt nur der kapitalistische Betrieb rentabel. Die Linke begleitete die Ausführungen der Bürgerlichen mit recht zutreffenden Zwischenrufen.

Sitzungsbericht

Zu Beginn der gestrigen Groß-Berliner Stadtvollversammlung erfolgte durch den Oberpräsidenten die

Amtseinführung des Oberbürgermeisters Boeh

Die Fraktionen der Unabhängigen Sozialdemokratie und vereinigten kommunistischen Partei und die Magistratsmitglieder dieser Fraktionen verließen während der Einführungszeremonie den Sitzungssaal zum Erläutern der Rechtssozialisten, die einen reaktionären Oberbürgermeister einem sozialistischen vorgezogen haben, da sie bei der Oberbürgermeisterwahl dem ehemaligen Stadtpräsidenten Boeh ihre Stimme gegeben haben.

Nach Entgegennahme eines Berichtes des Wahlausschusses über die Zuteilung der Stadtvollversammlungen Busch und Frau-Kiemer zu anderen Verwaltungsbezirken, gibt der Stadtvollversammlungs-Schaltplan (D. R.) den Bericht der Beratungen über die

Wohnungsluxussteuer

Jahow (M. P.) wendet sich gegen die Vorlage und bittet die Mehrheit des Hauses, diese abzulehnen.

Freund (U. S. P.): Wenn diese Steuer ihren Zweck erfüllen soll — die Wohnungsnot zu mindern und der Stadt Einnahmen zu verschaffen —, dann dürfen keine Hintertüren offen gelassen werden. Das ist aber bei der Vorlage der Fall. Aus diesem Grunde fordert die Unabhängige Fraktion die Streichung des Absatzes 2 des § 9.

Hallenleben (D. R.): Wir sind der Meinung, daß die Steuer nicht mehr einbringt als sie Kosten verursacht. Für eine Luxussteuer sind wir jederzeit zu haben. Bei der Vorlage handelt es sich aber nicht um eine Besteuerung des Wohnungsluxus, sondern um eine neue Besteuerung bereits schon schwerbelasteter Bürger.

Bender (D. R.) lehnt für seine Fraktion ebenfalls die Vorlage ab.

Dör (V. R. P.) fordert, daß man endlich Ernst mache mit der Beschlagnahme großer Wohnungen. Uns ist nichts daran gelegen, daß die Steuer etwas einbringt. Wir wollen das Objekt vernichten, das besteuert werden kann.

Beuns (S. P. D.): Berlin braucht Geld. Zweifellos wird Luxus mit Wohnungen getrieben. Der § 9 gefällt uns in seiner jetzigen Fassung nicht ganz. Wir sind für die Vorlage zu haben, aber auch für eine Verschärfung des § 9.

Dr. Michaelis (Dem. V.): Wenn alle Unbequemlichkeiten in Betracht gezogen werden, dann wird man feststellen müssen, daß bei dieser Steuer nichts herauskommt. Als nicht zweckentsprechend müssen wir diese Vorlage ablehnen.

Magistratsrat Dr. Vange ersucht um Annahme der Vorlage und Ablehnung des Beschörsungsantrages unserer Fraktion.

Ein kommunistischer Antrag, daß jeder Wohnraum über den Normalbedarf beschlaggenommen werden soll, wurde abgelehnt.

Eine ganze Anzahl von Änderungsanträgen der verschiedenen Fraktionen wurde abgelehnt, zugestimmt wurde

der Forderung unserer Fraktion auf Streichung des 2. Absatzes des § 9.

Ein kommunistisches Mißtrauensvotum gegen den neuen Oberbürgermeister wegen seiner Haltung bei der Beratung der Steuer wurde abgelehnt.

Zu der Abstimmung über das Mißtrauensvotum gab Genosse Nieß für die Unabhängige Fraktion folgende Erklärung ab:

„Die Unabhängige Fraktion sieht gerade in dem Verhalten des Räumerees Boeh zur Wohnungsluxussteuer, der diese Steuer überhaupt erst eingebracht hat, keinen Grund zu einem Mißtrauensvotum. Wenn die Wohnungsluxussteuer in den Beratungen des Ausschusses nicht die Gestalt erhalten hat, die wir für wünschenswert halten, so tragen dafür die Parteien und nicht der Räumereer die Schuld.“

Die allgemeine Stellungnahme der Unabhängigen Fraktion zum Räumerees Boeh bleibt dadurch völlig unberührt.

In der Gesamtstimmung wird die Vorlage über die Wohnungsluxussteuer von der geschlossenen Linken angenommen.

Verabschiedung des Anschlagwesens.

Auf Beschluß der Versammlung wird nunmehr in die Verhandlung über eine Vorlage eingetreten, die beantragt, das Anschlagwesen der Stadt Berlin in eigenen Betrieb zu übernehmen und die Druckerei Kauf u. Hartmann anzukaufen.

Merten (Dem. V.) wendet sich gegen die Vorlage und singt ein hohes Lied auf die Initiative und Tatkraft der freien Unternehmer.

Manasse (U. S. P.) Wir wollen uns jetzt nicht in Einzelheiten verlieren, sondern wir sind für eine Ausschussberatung der Vorlage. Bräuner (S. P. D.) tritt ebenfalls für Ausschussberatung ein.

Koch (D. R.): Ich bin kein grundsätzlicher Gegner der Sozialisierung. (Hört, hört! links. Zuruf rechts: Staatsfeindbühne!) Gelächter links. Zuruf: „Nennen Sie das Sozialisierung?“

Während der weiteren Ausführungen, die sich als eine deutsche nationale Debatte darstellte, wurde der Redner wiederholt stürmlich von der Linken unterbrochen. Er schließt mit den Worten: „Jede Dummheit in der Sozialisierung machen wir nicht mit!“ (Ironischer Beifall links.)

Hierauf wird die Vorlage einem Ausschuss überwiesen.

Die Vorlage über die

Erhöhung der Straßenbahntarife

geht an einen Ausschuss.

Instandsetzung und Verbesserung von Spielplätzen.

Ohne Debatte stimmt die Versammlung einer Vorlage zu, welche die Mittel anfordert zur Instandsetzung und Verbesserung der Spielplätze in der Wuhlheide, Hohenlischowhausen, Buch, Tegeel, Blankenfelde 1 und 2, Bartenberg, Plänterwald und Grunewald.

Eine Vorlage betr. den Erlaß eines Ortsgesetzes über die Befugnis der Verwaltungsdeputationen, Bezirksämter und Bezirksdeputationen zur Vertretung der Stadtgemeinde nach außen, wird zum Beschluß erhoben.

Einige kleine Vorlagen werden teils angenommen, teils den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Beendete Krise in den Gemeindebetrieben

Die Funktionäre für Annahme des Schiedspruchs

Die freigewerkschaftlichen Betriebsräte und Funktionäre der Berliner Gemeindearbeiter nahmen am Donnerstagabend im großen Saal der Böhren-Brauerei den Bericht über die vor dem Schlichtungsausschuss Groß-Berlin geführten Verhandlungen und den von diesem Ausschuss gefällten Schiedspruch, den wir bereits in unserer gestrigen Morgenausgabe mitgeteilt haben, entgegen.

Der Berichterstatter Farwig vom Transportarbeiter-Verband empfahl im Auftrage des Tarifartikels die Annahme des Schiedspruchs.

In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner gleichfalls für die Annahme des Schiedspruches aus. Hochschild vom Zentralverband der Angestellten gab seiner Freude Ausdruck, daß durch diesen Schiedspruch die Einheitsfront zwischen den Arbeitern und Angestellten in den Gemeindebetrieben wiederhergestellt wird.

Nach einem kurzen Schlußwort des Berichterstatters nahmen die etwa 2000 versammelten Funktionäre den Vorschlag des Tarifartikels auf Annahme des Schiedspruchs an. Gleichfalls angenommen wurde ein Antrag, der die Gewerkschaften beauftragt, dem Magistrat einen neuen Tarifvertrag mit neuen Ergänzungsbestimmungen einzureichen.

Ueber die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches wird nun in den nächsten Tagen in den Gemeindebetrieben Groß-Berlins eine Ueberstimmung erfolgen. Nachdem die Funktionäre beinahe einstimmig sich für die Annahme des Schiedspruches erklärt haben, andererseits auch mit Bestimmtheit zu erwarten ist, daß der Berliner Magistrat dem Schiedspruch zustimmen wird, ist anzunehmen, daß die Gemeindearbeiter sich bei der Abstimmung ebenfalls für die Annahme des Schiedspruches erklären werden. Damit wäre für die Gemeinde Groß-Berlin eine Krise beendet, deren Auswirkung für die gesamte Bevölkerung von weittragender Bedeutung hätte werden können.

Groß-Berlin

Wohnungsnot und Jugendamt

Der Berliner Mieter-Verband schreibt uns: Zu welchen Zuständen das Berliner Wohnungswesen führt, zeigt die nachstehende Bescheinigung der 3. Wohnungs-Inspektion.

Bescheinigung.

Wir bescheinigen hiermit Frau Anna Neumann, Bandelstraße 18, daß sie sich hier wiederholt um Wohnung bemüht hat, wir aber bisher nicht in der Lage waren, ihr eine ihren Verhältnissen entsprechende Wohnung nachzuweisen. Wir bitten von der Fortnahme der Kinder vorläufig Abstand zu nehmen und werden bemüht bleiben, der Familie Neumann baldmöglichst eine größere Wohnung nachzuweisen.

3. Wohnungs-Inspektion.

Der zugrunde liegende Tatbestand ist folgender: Das Jugendamt der Stadt Berlin wollte der Mutter die Kinder wegnehmen, da die Wohnung für dieselben den Tod bedeutet. Man ersieht daraus, daß nicht nur kolossale Gefahren in sittlicher und gesundheitlicher Hinsicht durch das Wohnungswesen entstehen, sondern auch das Heiligste des Menschen, die Familie, durch dasselbe zerstört wird. Hier gibt es nur Eines: Kampf gegen Bars, Dieben und Nachtlokale, Umbauen derselben in gesunde Wohnstätten und Schließung der zum Wohnen ungeeigneten Höhlen. Dann können solche oben angeführten Zustände, die eine Kulturkatastrophe für das deutsche Volk sind, nicht wieder vorkommen.

Wahl des 18. Bezirksamtes

Am Mittwoch, den 9. Februar, wurde zuerst der Bezirks-Versammlungs-Vorstand gewählt. Vorsteher wurde Genosse Tischendorf (U. S. P. D.), Stellvertreter Hobapp (S. P. D.), Schriftführer resp. Beisitzer Herzog (Zentr.) und Frau Haaf (U. S. P. D.). Dann erfolgte die Wahl der Mitglieder des Bezirksamtes. Dieselbe erfolgte gemäß dem Vorschlag des Wahlausschusses und hatte folgendes Resultat: Bürgermeister: E. Pfannkuch (U. S. P. D.); Stellvertreter: A. Taubmann (S. P. D.); Stadträte: Pfeiffer (V. R. P. D.), Fischer (U. S. P. D.), Martin (D. R. P.). Die Wahl der unbesoldeten Stadträte erfolgte wie vorgeschrieben nach dem Verhältniswahlssystem. Es wurden nur 2 Vorschläge eingereicht und von jedem derselben 2 Kandidaten gewählt, und zwar Andree und Tischendorf (beide U. S. P. D.), Frommont (Dntl.) und Heyn (D. D.).

Öffentliche Wählerversammlung

Freitag, 11. Februar

Rönigswusterhausen. Im Lokal „Neues Schützenhaus“, abends 7 1/2 Uhr. Referent: Genosse Künstler.

Sonntagsabend, 12. Februar

Rahndorf-Wilhelmshagen. Abends 8 Uhr in Wilhelmshagen bei Ostrowitz, Wilhelmstraße. Referent Genosse Jacher über „U. S. P. und Landtagswahlen“.

Finsternis

Novelle von Leonid Andrejew

Übersetzt von Dr. D. D. Pottsch

(A. Fortsetzung.)

Er lachte übermütig, wobei er gleichmäßige, lückenlose, harte Zahnreihen zeigte, errötete tief und antwortete:

„Natürlich! Wozu die kostbare Zeit verlieren?“

„Hier gibt es später Musik. Wir werden tanzen.“

„Aber, was ist an so einem Tanz daran? Ein dummes Herumhopsen um seine eigene Achse. Und die Musik, denke ich, läßt sich auch von dort her hören, wie?“

Sie sah ihn an und lächelte.

„Ja, ein wenig.“

Sie fing an, an ihm Gefallen zu finden. Er hatte ein breites, grobnächtiges Gesicht, welches er gänzlich rasierte; die Wangen und ein schmaler Streifen über der festen, Narbegezeichneten Oberlippe schimmerten bläulich, wie dies bei schwarzhaarigen, rasierten Männern oft der Fall ist. Und seine dunklen Augen waren hübsch, obgleich sie in ihrem Blick etwas allzu starres hatten und sich in ihren Höhlen langsam und schwerfällig bewegten, als ob sie jedesmal eine sehr große Entfernung zurücklegen hätten.

„Bist du nicht ein Deutscher?“ fragte das Mädchen.

„Zum Teil“, erwiderte er. „Eher noch ein Engländer.“

„Liebst du die Engländer?“

„Aber wie gut du doch russisch sprichst. Man merkt dir's gar nicht an.“ Da erinnerte er sich seines englischen Vasses und seiner gedrohenen Sprechweise, deren er sich in der letzten Zeit bediente; er sah, daß er nun vergessen hatte, sich gehörig zu verstellen und errötete aufs neue. Mit zusammengezogenen Augenbrauen und schon mit einer trockenen Schlichtheit, in der sich Ermüdung verriet, sah er das Mädchen unten den Ellbogen und führte sie rasch hinweg.

„Ich bin ein Russe, ja, ein Russe. Wohin also? Führe mich. Dort hin?“

Im großen, bis an den Fußboden reichenden Wandspiegel zeichnete sich das Paar deutlich ab: sie — ganz in Schwarz, bleich und in dieser Entfernung sehr hübsch, er — hochgewachsen, breitschulterig, ebenso schwarz gekleidet wie sie und blaß wie sie. Besonders bleich erschien unter dem Oberlicht der elektrischen Lüsters seine offene Stirn und die festen Erhebungen seiner Wangen; und an Stelle der Augen hatte sowohl er als auch das Mädchen schwarze, etwas geheimnisvolle, aber schöne Höhlungen. Und so fremd erschien dieses

schwarze, strenge Paar, zwischen weißen Wänden, im breiten, vergoldeten Spiegelrahmen, daß er betroffen stehen blieb: Wie Bräutigam und Braut, dachte er. Uebrigens arbeitete sein Gehirn infolge der Müdigkeit und wohl auch der Schlaflosigkeit schlecht und die Gedanken waren unvermittelt und ungerichtet; denn schon im nächsten Moment, als er das schwarze, strenge Brautpaar ansah, dachte er sich: wie bei einem Begräbnis. Beide Empfindungen waren ihm gleich peinlich.

Offenbar übertrugen sich seine Eindrücke auch auf das Mädchen. Sie betrachtete ebenso schweigsam und verwundert bald sich selbst, bald ihn; versuchte mit den Augen zu blinzeln, aber der Spiegel reagierte nicht auf diese seine Bewegung und fuhr ebenso hartnäckig und schwerfällig fort, das schwarze, erstarrte Paar, abzuzeichnen. Ob dies nun dem Mädchen schön vorkam, oder ob es sie an irgend etwas ihr Eigenes, Schwermütiges gemahnte — sie lächelte still und drückte leicht seine feiggeschlossene Hand.

„Welch ein Pärchen!“ sagte sie nachdenklich und plöhl⁴ erschienen aus irgendwelchen Gründen ihre langen schwarzlich strahlenden Wimpern mit feim gebogenen Enden viel deutlicher. Er errötete nicht und ging entschlossen weiter, indem er das Mädchen mitzog, welches mit seinen hohen, französischen Absätzen laut und vernehmlich an das Parquet anschlug. Nun kam ein Korridor und eine Reihe von wie immer dunklen Zimmern geringer Tiefe mit geöffneten Türen, und in eines dieser Zimmer, auf deren Türe mit ungleicher Schrift „Pjuba“ geschrieben stand, traten sie ein.

„Na also, Pjuba“, sagte er, während er sich umschau und mit gewohnter Bewegung eine Hand an die andere rieb, als ob er sie eifrig in kaltem Wasser wüsche — na also, wir brauchen Wein, und was gibts sonst noch? Früchte meinestwegen.“

„Früchte sind bei uns teuer.“

„Hat nichts zu sagen. Trinken Sie wohl Wein?“

Er vergaß sich und sagte ihr „Sie“, und obgleich er es gemerkt hatte, wollte er sich nicht verbessern, denn etwas in ihrem Händedruck vorher störte ihn, ihr wieder „du“ zu sagen, mit ihr Süßholz zu raseln und sich zu verstellen. Auch diese Empfindung übertrug sich gleichsam auf sie: sie blinzte ihn scharf an und antwortete nach einigem Zögern, mit einem Schwanken in der Stimme, aber nicht in dem Sinne der gesprochenen Worte:

„Ja, ich trinke. Warten Sie, ich werde sogleich... Von Früchten lasse ich nur zwei Birnen und zwei Äpfel bringen. Wird es für Sie reichen?“

Auch sie sagte nun „Sie“, und aus der Art, wie sie dies Wort aussprach, kam dieselbe Unentschlossenheit, dasselbe leichte Schwanken, dieselbe Frage heraus. Aber er schenkte dem keine Beachtung und hielt, allein geblieben, eine rasche und allseitige Umschau in dem Zimmer. Er untersuchte, ob die Tür gut schloß. Das war der Fall, sie konnte sowohl zugeriegelt, als auch mit einem Schlüssel abgesperrt werden; er trat an das Fenster heran, öffnete beide Flügel und sah, daß das Zimmer im dritten Stockwerk nach dem Hof gelegen war. Er rümpfte die Nase und schüttelte den Kopf. Dann experimentierte er mit der Beleuchtung: zwei Beleuchtungskörper. Wenn der eine auf der Decke erlischt, läßt gleich der andere an dem Bett, mit einem roten Häubchen auf — ganz wie in ordentlichen Hotels.

Aber das Bett! ...

Er hob seine Schultern in die Höhe und grinste, wobei er so tat, als wolle er lachen, aber ohne wirklich zu lachen; mit jenem Bedürfnis, das Gesicht zu bewegen und Mienenspiel zu treiben, wie es verschlossene, aus irgendeinem Grunde sich verbergende Menschen haben, so oft sie allein sind.

Aber das Bett! ...

Er umschritt es, betastete die wattierte, zurückgeschlagene Steppdecke und in seiner Freude über den bevorstehenden Schlaf bog er, mit einem plötzlichen Verlangen zum Uebermut, gaffensüßlich seinen Kopf schief zur Seite, warf die Lippen auf und glotzte mit den Augen, mit alledem den höchsten Grad der Verwunderung markierend. Aber sogleich wurde er ernst, setzte sich hin und wartete voll Ermüdung auf Pjuba. Er versuchte an den Donnerstag zu denken, daran, daß er diesen Augenblick in einem geduldeten Hause sich befände, schon in einem geduldeten Hause, aber die Gedanken wollten nicht gehorchen, sträubten sich und durchbohrten einander. Es war das unbefriedigte Schlafbedürfnis, das sich so gereizt kundgab. Der Schlaf, der draußen eben erst so sanft war, strich nun nicht mehr freundlich mit seiner zottigen Handfläche über sein Gesicht, sondern er drehte ihm die Weine und die Arme aus den Gelenken, streckte seinen Körper lang auseinander, als wolle er ihn zerreißen. Plötzlich begann er zu gähnen — krampfhaft, bis zu Tränen. Er langte den Browning hervor, drei Patronenstutzen mit Patronen und bles zornig in seinen Lauf wie in einen Schlüssel — alles war in Ordnung, und es verlangte ihn unerträglich nach Schlaf.

(Fortsetzung folgt.)

Oberlehrer „Sorgen“

Ein Oberlehrer Dr. Kügler in Berlin will „Hohenzollernjagen“ herausgeben und wendet sich an die Öffentlichkeit mit dem Verlangen, ihm unbekanntes Sagen einzulassen.

Ein neues Auchenbadverbot

Der Reichsrat genehmigte eine neue Verordnung über die Verbotung von Auchen. Diese Verordnung enthält kein allgemeines Verbot des gewerblichen Auchenbadens, wie es in einer Resolution des Reichstags verlangt worden war.

Prügelnde Beamte

Junge Leute, die in der Nacht vom 2. zum 3. d. M. in der Ledmetzstraße in Charlottenburg beobachtet, wie eine Frau geschlagen wurde und den Rohling deswegen zur Rede stellen und Polizei zu Hilfe holen, wurden durch diese dann festgenommen.

Als er sich von seinem Blut gereinigt hatte, wurde ihm die Benutzung eines Handtuches unterlag, worauf er sich an seinem Hemde abtrocknete. Selbst das benutzen die verdachten Anwesenden zu Verleumdungen, indem sie äußerten: „Du Schwein weißt schon, wo Du Dich abtrocknen hast.“

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß vorgenannte Beamte nur zur besonderen Verwendung vorhanden sind und nichts mit der grünen Schuppel zu tun haben.

Die Darstellung ist uns von beteiligter Seite zugegangen, das Ergebnis der Untersuchung der vorgesetzten Behörde, die sofort Nachricht von diesen Vorgängen erhalten hat, wird hoffentlich nicht lange auf sich warten lassen.

Eine dunkle Geschichte. Der 23 Jahre alte Leinwand a. D. Harald Weber aus Dahlem nahm gestern nachmittag an einer Versammlung des Offizierverbandes „Kano“ (Orgho) in Wannsee teil. Hier lernte er einen Herrn kennen, der mit ihm ein Gespräch anging und mit dem zusammen er sich dann auf den Heimweg machte.

Eine Razzia am Scheunenviertel. Mit einem großen Aufgebot von Kriminal- und Schutzpolizeibeamten wurde gestern, Donnerstag vormittag, in der Umgebung des früheren Scheunenviertels wieder einmal ausgeräumt. Die Beamten sperren die Allee und die Neue Schönhauser Straße und brachten nicht weniger als 150 Personen nach der nahegelegenen Alexanderlaterna.

Ein schwerer Zusammenstoß ereignete sich gestern an der Ecke der Kopenikus- und Warthener Straße zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Radwerk, das Düngr geladen hatte.

Bei der Arbeit verunglückt. Zwischen den Stationen Alexanderplatz und Jannowitzbrücke wurden heute vormittag gegen 9 1/2 Uhr

dreier Streckenarbeiter, Reuter, Emil Schiffska und Schälke, von einem Vorortzug, der sich auf der Fahrt nach Halensee befand, überfahren und schwer verletzt.

Professorsche Feiertage. Umstände halber muß die Veranstaltung am Sonntag, den 12. Februar, ausfallen.

Bezirksorganisation Berlin-Stadt. Die Distrikte werden erst im Laufe des Sonnabend Propagandamaterial vom Parteibureau, Breite Str. 88, Hof rechts, 1 Tr., abholen zu lassen.

Lichtenberg. Da der Oberpräsident die schon getätigte Wahl des Bezirksamts in Lichtenberg nicht anerkennt und bestätigt, war die Bezirksversammlung gezwungen, eine zweite Wahl anzusetzen.

Treptow-Daumshuldenweg. Freitag nachmittag 5 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses, Bezirksverordnetenversammlung. Tagesordnung: U. a. Wahl des Bezirksamtes für den 15. Verwaltungsbereich.

Warnung. Dem Berliner Mieterverband Mieterrats-Zentrale Berlin, ist es zur Kenntnis gekommen, daß der wegen unzulässiger Manipulationen aus der Ortsgruppe Charlottenburg-Spree fristlos entlassene, ehemalige Geschäftsführer Otto Koch, sich wieder in Berlin aufhält.

Portugals Vertretung in Berlin. Der Fabrikbesitzer Günther R. Eisenmann, in Berlin, Königin-Augusta-Straße 46, ist zum portugiesischen Konsul ernannt worden.

Gewerkchaftliches

Ablehnung der Nachtarbeit

Noch keine Entscheidung der Organisationen

In unserer gestrigen Morgennummer hatten wir einen Bericht über eine Sitzung der Obleute der Metallindustrie veröffentlicht.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes teilt zu dieser Angelegenheit folgendes mit:

Den Beschlüssen der Konferenz, der besagt, daß vom 14. d. M. keine Nachtarbeit mehr geleistet werden soll, haben die oben angeführten Obleute gefast, ohne daß ein Vertreter der Organisationen zugegen war.

Nochmal die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg

Vor einiger Zeit kennzeichneten wir die sonderbare Haltung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg gegenüber einer dort tätig gemessenen Angestellten. Diesem Reiz hat infolgedessen gemerkt, als man der betreffenden Angestellten schließlich zwei Zeugnisse ausstellte, von denen sie sich eins auswählen sollte.

Die betreffende Angestellte wartet allerdings noch immer auf die Auszahlung der ihr durch endgültige Entscheidung des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin zugesprochenen Entschädigung.

Drohender Konflikt im Varietégewerbe

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß es auch im Varieté- und Kabarettgewerbe zu Unruhen kommen wird. Seit 1 1/2 Jahren besteht ein reichsverbindlicher Tarifvertrag, der die gesamten Vertrags- und Engagementsverhältnisse regelt und zur Durchführung einen paritätischen Fachauschuss vorseht.

abstimmen und verlangen auch die Abänderung der Konkurrenzklausel und Krankheitsparagrafen, obwohl sie wußten, daß hierfür der Fachauschuss gar nicht zuständig ist.

Ein Paradies für Lehrlinge

Die Firma Kosterlich, Kolonialwaren-Großhandlung, Kantstraße 4-5, die vor einiger Zeit schon einmal von sich reden machte, hat es verstanden, Hausdiener und Geld zu sparen.

Beleidigung in der Betriebsversammlung

Der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin hatte sich mit der Kündigung eines Arbeiters zu beschäftigen, der entlassen worden war, weil er in einer Betriebsversammlung beleidigende Äußerungen über die Meister getan hatte.

Abzählungsbranche. Für die Angestellten dieser Branche hat der Zentralverband der Angestellten, Berlin SW 61, Bellevue-Str. 7/10, neue Gehaltsvereinbarungen getroffen.

Arbeiterport

- Arbeiter-Madschener-Bund „Solidarität“, Ortsgruppe Berlin. Touren für Sonntag, den 12. Februar: 1. Abt. wird am Start, Wilhelmstraße 58, bekanntgegeben.

Aus den Organisationen

- Neufölln. Sonnabend nachmittag 5 Uhr findet in Neufölln allgemeine Flugblattverbreitung von den bekannten Bezirkskollektoren aus statt.

Sonnabend, 12. Februar

- 1. und 8. Distrikt. Abends 7 Uhr Sitzung der Zeitungskommission und Fellen bei Schneider, Witzschkestr. 21.

Bereinskalender

- Freitag, 11. Februar. Zentralverband der Angestellten, Eltern- und Großelternrat. Die für heute Abend 7 Uhr angelegte Bilanzbesprechung in Hermsdorfs Park, Neue Friedrichstr. 35, fällt aus.

Geschäftliches

Bilanz Hofmann vom 14. bis 19. Februar bei Frau Eshy, alteingesessene Kaufmanns in der Chausseest. 20-26. Heute und morgen Vorverkauf.

Soeben erschienen: Wir demonstrieren! 5 Lieder für Massengesang. Preis 50 Pfennig. Wiederverkäufer hoher Rabatt. BUCHHANDLUNG „FREIHEIT“ BERLIN C 2 Breite Str. 8-9

An alle Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes!

In der neuen Nummer der „Metallarbeiter-Zeitung“ erklärt der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes folgenden Aufruf:

Werte Kollegen und Kolleginnen!

Leider haben wir an euch die erste Mahnung gerichtet: Wahrt die Einheit und Geschlossenheit der Organisation! In gleicher Weise hat der erweiterte Beirat unseres Verbandes wiederholt an euch appelliert, getragen von der Erkenntnis, daß nur eine geschlossene, einheitliche Kampffront, die Arbeiterklasse in Stand setzt, die gegenwärtige schwere Zeit überwinden zu können.

Die gegnerischen Organisationen (Christliche, Hirsch-Dundersche, Unionisten, Gelbe u. a.) rannien bisher vergeblich gegen unsere Organisation an. Und ebensowenig vermochte das organisierte Unternehmertum, die Wirtschaftskrise zum planvollen Vorstoß gegen die Arbeiterklasse benutzend, den kraftvollen Widerstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu brechen. Alle Versuche unserer Feinde, die geschlossene Front unserer Organisation zu sprengen, scheiterten. Doch was unseren Gegnern bisher nicht gelang, droht nunmehr aus dem eigenen Lager!

Unter der irreführenden Maske „der Geschlossenheit und Einheitlichkeit der Organisation des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“ beruft die Fraktion der kommunistischen Metallarbeiter Berlins zu Ende Februar d. J. eine „Metallarbeiter-Reichskonferenz“.

Als vorläufige Tagesordnung schlägt man vor: „Ausprache über Mittel zur Wahrung der Einheit des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“. Glauben die Einberufer wirklich, mit dieser „harmlos“ klingenden Tagesordnung Kollegen im Lande täuschen zu können? Das soll und wird ihnen nicht gelingen.

Wodurch es den Einberufern in Wirklichkeit ankommt, läßt sich bereits der fulminante Aufruf zu dieser Reichskonferenz un schwer erkennen. Der Aufruf spricht von der burgfriedlichen Gewerkschaftszentrale, von Burgfriedens- und Arbeitsgemeinschaftspolitikern, Unterdrückung der Meinungsfreiheit, brutalem Hinauswurf der gewählten Vertrauensmänner der Mitgliedschaften aus ihren Ämtern, Unterbindung der Versammlungen und behauptet, Bestand und Beirat wollen die Organisation spalten und leisten der Bourgeoisie Bütteldienste zur Schwächung unserer Kampfkraft.

So reißt man eine Verleumdung an die andere, so häuft man die Beschimpfungen gegen Vorstand und Beirat wider besseres Wissen!

Die Verfasser des Aufrufes wissen, daß Vorstand und Beirat Burgfrieden und Arbeitsgemeinschaften ablehnen und für sie wie für die Gesamtorganisation die Beschlüsse unseres letzten Verbandstages maßgebend sind.

Die kommunistische Fraktionsleitung der Metallarbeiter Berlins — hinter ihr verbirgt sich „Schambast“ die Reichsleitung der gleichen Fakultät! — weiß, daß in unserer Organisation die Meinungsfreiheit jedem Verbandsmitglied gesichert ist. Sie wissen ebensogut, daß Vorstand und Beirat als das höchste Gut der Metallarbeiter die Einheit ihrer Organisation betrachten und lediglich aus dem Grunde die Beschlüsse des erweiterten Beirats gefaßt werden mußten, um die Organisation nicht durch das von Moskau diffundierte Treiben zu einem Trümmerhaufen werden zu lassen.

Die Einberufer der „Reichskonferenz“ wissen ferner, daß niemand im Vorstand und erweiterten Beirat daran denkt, auch nur ein Mitglied aus unserm Verband auszuscheiden, weil er Mitglied der kommunistischen Partei oder Anhänger einer bestimmten Weltanschauung wäre. Das ist in den Beratungen der letzten erweiterten Bei-

ratsung von allen Seiten und mit der notwendigen Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen. Die Organisation kann jedoch einem planmäßigen, die Gewerkschaftszentrale zerstörenden Treiben nicht tzig zusehen. Und lediglich gegen diejenigen, die diese die Interessen des Verbandes aufs schwerste schädigende Zerstörungsarbeit betreiben, richten sich die vom erweiterten Beirat gefaßten Beschlüsse.

Sollen wir uns gegen die verlogene Behauptung des Aufrufes wenden: „Unser Gewerkschaftsvorstand weigert sich, den Kampf gegen das Kapital aufzunehmen?“ Nein! Solche Unwahrheiten richten sich von selbst. Ueber die Haltung und Beschlüsse des Vorstandes und erweiterten Beirats informieren euch die in Nr. 5 und 6 der „Metallarbeiter-Zeitung“ wiedergegebenen Verhandlungen der letzten erweiterten Beiratsung und es ist festzuhalten, daß selbst kommunistische Mitglieder des erweiterten Beirats für die dort gefaßten Beschlüsse stimmten oder aber es ablehnten, dagegen zu votieren und sich deshalb der Abstimmung enthielten.

Offen brachte u. a. ein kommunistisches Mitglied des erweiterten Beirats zum Ausdruck, daß auch er das vom Vorstand gekennzeichnete und die Gewerkschaften zerstörende Treiben aufschärfste verurteilt und nicht mitmachen könne.

Wenn dies Urteil selbst von einsichtigen Mitgliedern der R. V. D. abgegeben werden mußte, da bedeutet es wirklich mehr als offenes Bekenntnis, wenn die Einberufer zur Reichskonferenz anfordern, „neben Kommunisten auch U. S. V. D. oder S. V. D. Kollegen zu entsenden“. Glaubt man wirklich, mit diesem durchsichtigen Manöver den Verbandskollegen im Reich weismachen zu können, daß auch andere als kommunistische Drahtzieher hinter der „Reichskonferenz“ stecken? Für so dumm sollte man unsere Kollegen nicht halten.

Was man beabsichtigt ist klar: Zunächst versucht man Mitglieder unserer Organisation in der gekennzeichneten Weise aufzuspielen und sie zur Beschädigung dieser „Reichskonferenz“ zu veranlassen. Ist dann die Organisation gezwungen, gegen die das Statut ausdrücklich verletzende und die Interessen des Verbandes aufs schwerste schädigende Verlogenheiten vorzugehen, dann hofft man jenen Teil der Verbandskollegen, die sich durch die Manöver der Konferenzeinberufer u. a. täuschen lassen und die gegen die Beschlüsse des Verbandstages verstoßende und diese katastrophisch unzulässige „Metallarbeiter-Reichskonferenz“ beschließen, zur „Solidarität“ mit den Drahtziehern dieser Reichskonferenz aufzufufen zu können.

So soll planmäßig der Keil in unsere Organisation hineingetrieben werden, so hofft man, einen Teil von Verbandsmitgliedern dorthin treiben zu können, wohin man sie haben will, und das bedeutet die Zerstörung unserer in jahrzehntelanger Arbeit und Kämpfen aufgebauten Organisation.

Indem wir unsere Verbandskollegen im Reich auf diese Pläne und Methoden aufmerksam machen, fordern wir sie gleichzeitig auf, jede Aufforderung zur Beschädigung dieser „Metallarbeiter-Reichskonferenz“ kräftig abzulehnen. Allen Mitgliedern unseres Verbandes ist Gelegenheit gegeben, im Rahmen ihrer Organisation sachlich Stellung zu nehmen zu allen, das Verbandsleben berührenden Fragen. Und diesem unverbrüchlichen Recht aller Mitglieder steht die Pflicht der Organisationsleitung wie aller Funktionäre gegenüber, innerhalb der Organisation und an den durch das Statut vorgeschriebenen Stellen (die höchste und letzte Instanz ist die Verbands-Generalversammlung) Rechenschaft für ihre Handlungen abzulegen.

So nur konnte sich die Organisation zu ihrer heutigen Stärke entwickeln und so wollen wir auch in Zukunft vorgehen und handeln.

Wählt jeden Versuch, euch von diesem geraden Weg abzubringen, entschieden zurück! Lehnt eine Beschädigung dieser nach den Verbandstagsbeschlüssen und dem Statut unzulässigen „Metallarbeiter-Reichskonferenz“ strickt ab!

Haltet hoch die Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaften! Steht treu zu eurer Organisation!

Die unterzeichneten Mitglieder des Vorstandes:

Grandes, Edwin, Dörmann, Rob. Funk, Emil Holz, Bauer, Ann. Huggel, Rich. Kurz, Gg. Reichel, Gg. Schäfer, Ernst, Schließel, Heinz, Schwengel, Joh. Steiner, Math. Tost, Otto, Wendler, Emil, Werner, Th.

Aus der Wirtschaft

Der Zusammenbruch unserer Handelsbilanz

In Beantwortung der 41 Fragen der Entente über die Lage der deutschen Staats- und Privatwirtschaft stellt die Regierung eine Schätzung der Ziffer des deutschen Außenhandels auf, die den ganzen katastrophalen Zusammenbruch unserer Produktion und unserer Handelsbilanz, den der Krieg des deutschen Imperialismus auf dem Gewissen hat, in einigen dürren Ziffern daranschaulicht. Die Schätzung sucht die legale und illegale, die statistisch erfaßte und die nicht erfaßte Ein- und Ausfuhr zu erfaßten und kommt zu folgenden Ergebnissen:

Der Menge nach Betrag in tausenden Tonnen die	Einfuhr		Ausfuhr	
	Papiermarkt	Geldmarkt	Papiermarkt	Geldmarkt
Im Durchschnitt der Jahre 1911-13	70 680	66 155	9 974	12 085
im Jahre 1919	9 924	12 085	8 408	13 018
im ersten Halbjahre 1920	8 408	13 018		

Dem Werte nach Betrag in Millionen Mark die	Einfuhr		Ausfuhr	
	Papiermarkt	Geldmarkt	Papiermarkt	Geldmarkt
Im Durchschnitt d. J. 1911-13	—	10 380	—	9 053
im Jahre 1919	32 651	6 802*	9 974	2 078
im ersten Halbjahre 1920	60 000	4 138**	25 600	1 770

* Die Goldmark mit 4,5 Papiermark berechnet.

** 14,5

Drei für unsere Wirtschaftslage verhängnisvolle Erscheinungen können aus dieser Tabelle herausgelesen werden: erstens, daß der Zusammenbruch unserer Produktion einen ungeheuren Rückgang des Außenhandels, und zwar sowohl seiner Menge als auch seinem innern Werte nach, zur Folge gehabt hat, der unsere Volkswirtschaft um so schwerer trifft, als unsere einzigartigste Wirtschaft auf möglichst große Wareneinfuhr und unsere Baluaverhältnisse auf möglichst große Ausfuhr angewiesen sind. Die zweite Erscheinung ist das erschreckende Mißverhältnis zwischen Ein- und Ausfuhr: in einem halben Jahr mußten wir um 34 Millionen Mark mehr einführen, als wir ausführen konnten. Diese Ziffer macht uns den Tiefstand unserer Baluta voll und verständlich und erklärt zugleich die dritte sehr auffällige Erscheinung: daß die Handelsbilanz der Menge nach stark aktiv geworden ist, dem Werte nach aber passiv. Wir haben mehr Tonnen aus- als eingeführt, mußten aber viel mehr bezahlen, als uns gezahlt wurde. Daran ist zu einem großen Teil der Tiefstand unserer Baluta schuld, der bewirkt, daß wir die eingeführten Waren übersteuert bezahlen, während unsere Unternehmer ihre Waren zu Schleuderpreisen ans Ausland verkaufen und die Weltmarkt Konkurrenz unterbieten.

Es ist ein trostloses Bild, das diese wenigen Ziffern uns entrollen. Wie viele Entbehrungen des Lebensmittel- und warenhungrigen Proletariats stecken darin, wieviel Fronarbeit der tief unter dem Stand der Welt im entlehnten Arbeiter für das in- und ausländische Kapital! Das aber ist das Trostloseste, daß die Steigerung der Produktion, deren Notwendigkeit aus diesen Ziffern klar hervorgeht, von den profitierbaren Unternehmern sabotiert wird, falls sie nicht die üblichen Profiteure einträgt, und so unsere Wirtschaft und in erster Linie das Proletariat immer tiefer ins Elend gerät.

KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT

Billigste und beste Bezugsquelle für:

Ueber 1000 Filialen.

Kaiser's Kaffee geröstet, das Pfund von M. 20.-
Tee in sorgfältig gewählten Mischungen

Kaiser's Kakao in la Qualität, das Pfund M. 22.-
Pralinen, Bonbons, Konfekt in reicher Auswahl

Kaiser's Schokolade anerkannt feine Marke, die 100-Gramm-Tafel von M. 5.-
Keks in Friedensqualität und andere feinste Backwaren

Margarine feinste Qualität, das Pfund-Paket M. 11.-
Reis, Pflaumen, Südfrüchte, Haferflocken, Hülsenfrüchte billigst

Feinste Gemüse-Konserven in großer Auswahl zu billigen Preisen

Filialen in Gross-Berlin:

- | | | | | | | |
|---|--|--|--|--|---|---|
| Berlin N
Badstr. 18
Brunnenstr. 76
Chausseestr. 33
Kastanien-Allee 36a
Müllerstr. 166
Reinickendorfer Str. 18
Schönhauser Allee 110
Treskowstr. 18 | Berlin W Culmstr. 1
Genthiner Str. 26
Gleditschstr. 45
Lützowstr. 83 | Bln.NO Greifswald-Str.1
Landsberger Allee 29 | A-Hersdorf
Bismarckstr. 25 | Neukölln
Baystr. 140
Hermannstr. 40
Hermannstr. 119
Kaiser-Friedrich-Str. 242 | Reinickendorf-Ost
Residenstr. 107 | Steglitz Rheinstr. 43
Schloßstr. 85 |
| Berlin NW
Alt-Moabit 112
Beussstr. 29
Louisenstr. 43/44
Stephanstr. 42
Tumstr. 47a
Wismacker Str. 30 | Berlin S Gräfestr. 25 | Berlin C
Alte Schönhauser Str. 30 | Britz Chausseestr. 47 | Oberschönnewalde
Edisonstr. 58
Wilhelminenhofstr. 41 | Rosenthal Hauptstr. 10 | Südende Stagliitzer Str.25 |
| Berlin SO
Neanderstr. 37
Oranienstr. 1
Reichenberger Str. 123
Wrangelstr. 23 | Charlottenburg
Berliner Str. 115
Danekelmannstr. 58
Grolmanstr. 14
Holtzendorffstr. 4
Kaiser-Friedrich-Str. 55
Kleiststr. 19
Knobelsdorffstr. 3
Sauerstr. 15
Tauroggenstr. 12
Uhlendstr. 32
Wilmerdorfer Str. 71
Wilmerdorfer Str. 126
Wilmerdorfer Str. 148 | Friedrichsfelde
Berliner Str. 40 | Hohenschönhausen
Berliner Str. 113 | Nowawes
Friedrichstr. 20 | Schmargendorf
Breite Str. 22a | Tegel Berliner Str. 9 |
| Berlin O
Gubener Str. 51
Grüner Weg 40
Kopenikusstr. 18
Kraustr. 48b
Peteraburger Str. 81
Straauer Allee 23b | Lichtenberg
Behagener Str. 68
Frankfurter Allee 60
Frankfurter Allee 101
Frankfurter Allee 224
Wilhelmstr. 10 | Pankow
Schönholzer Str. 1 | Mariendorf
Chausseestr. 34 | Potsdam
Brandenburger Str. 20
Nauenstr. 38 | Schöneberg
Colonnenstr. 66
Tempelhofer Str. 21 | Treptow
Baumschulenstr. 19/20 |
| | | | | | Spandau
Breite Str 49
Hamburger Str. 35
Jägerstr 1
Neuendorfer Str. 5a
Potsdamer Str. 1a
Schönwalder Str. 87 | Weißensee
Berliner Allee 742 |
| | | | | | | Wilmersdorf
Berliner Str 131.
Nürnberg Str. 33/34
Olivier Platz 2
Wexstr. 28 |

